

Uranwaffen im Libanonkrieg eingesetzt?

Britische Friedensaktivisten kletterten mit Transparenten während des Libanonkrieges dem Rüstungskonzern EDO MBM in Brighton aufs Dach. „Dieser britische Konzern liefert Waffen für die Angriffe Israels“, erklärte ihr Sprecher Andrew Becket, „darunter Teile von Hellfire-Raketen. Mit einer solchen wurde der Krankenwagen zerstört, der Quana am 23. Juli verließ.“ Hellfire-Raketen stehen unter Verdacht rund 250 kg Uran zu beinhalten.

Uranwaffen sind nachweislich seit dem Golfkrieg 1991 von den US- und britischen Truppen eingesetzt worden. Nun hat auch Israel im Libanon Uranwaffen verschossen. In welchem Umfang ist noch unklar, aber es gibt Indizien.

Der 70-jährige libanesische Nuklearphysiker Mohammad Ali Qobeissi, Mitglied des „Nationalen Rats für Wissenschaftliche Forschungen“ (CNRS), hat deutliche Hinweise. Er hat an einem drei Meter tiefen und zehn Meter breiten Bombenkrater bei Khiam im Südlibanon „hohe Strahlung von unidentifizierten radioaktiven Materialien“ gemessen. Er sammelte nach diesem ersten Fund weitere Proben. Doch nun verweigert ihm CNRS die weitere Unterstützung. Ihm wurde erklärt, die CNRS nehme selbst Proben, die in Kooperation mit der internationalen Atomaufsichtsbehörde - IAEA getestet würden.

Bombenmetallteile lassen sich im Libanon schwer finden. Metalle werden von den Libanesen unbedacht als Altmetall zur Weiterverwertung eingesammelt. Auch wurde beobachtet, dass die israelische Armee Bomben- und Munitionsteile einsammeln lässt. Das sieht nach einer geplanten Vertuschung aus.

Dr. Doug Rokke, früherer Direktor des Pentagon Depleted Uranium Project ist überzeugt: „Ich sah 120mm Panzer-Munition aus abgereichertem Uran in den Fernsehnachrichten...“ Die Geschosse werden von dem US Konzern ATK in Minnesota hergestellt und enthalten rund 10 kg abgereichertes Uran, um gegnerische Panzer zu knacken. Doch weder Hizbollah noch Hamas besitzen Panzer. Im Libanon soll diese Munition benutzt worden sein, um Gebäude zu sprengen wie in der Stadt Quana. Fernsehberichte und Fotografien können ein Hinweis auf den Einsatz von Uranwaffen sein. Ein greller Blitz beim Einschlag ist bei der neuen Waffengeneration zu beobachten. Uran/DU entzündet sich selbst und verbrennt mit bis zu 5000°C. Waffenhersteller geben keine Auskunft über die Komponenten.

Aus den Exportlisten: erst im Juli 2006 lieferte die USA 100 Stück GBU 28 Bunker Buster Bomben, die jeweils einen Sprengkopf mit ca. 1500 kg Uran/DU enthalten und laut www.fas.org (unter

der Rubrik „smart weapons“) mit F-15 Kampfflugzeugen als Trägersystem geflogen werden können (auch könnten diese großen Bomben für einen geplanten Angriff auf unterirdische Anlagen gegen den Iran geliefert worden sein). Über den umfangreichen Einsatz solcher Trägersysteme, nämlich von F-15 und F-16 Kampfflugzeugen und Apache Kampfhubschraubern durch Israel im Libanon und in Gaza berichtete The Guardian am 29. Juli. Apaches sind mit Hellfire Raketen ausgestattet. Israel besaß aus früheren Importen bereits 500 GBU 24 Bunker Buster Bomben, bei deren vollständigem Einsatz 200-300 Tonnen DU/ Uran freigesetzt werden können. Der Verkauf von weiteren 102 F-16 Flugzeugen für \$4,5 Mrd. von Lockheed Martin (weltgrößter US-Waffenkonzern) an Israel ist geplant. Israel hat damit zusammen mit den bisherigen mehr als 200 F-16 Kampfflugzeugen die weltgrößte Luftflotte außerhalb der USA.

Der aus Nichtregierungsorganisationen (NROs) bestehende UN-Menschenrechtsrat fordert zusammen mit weiteren Organisationen eine



UN-Untersuchung des vermuteten illegalen Waffeneinsatzes und hat zudem ein eigenes Libanon-Team gegründet: „Unabhängige Radioaktivitätsmessungen der Umwelt müssen sofort und mit hoher Priorität im Libanon und den benachbarten Ländern stattfinden“. Aber welches Labor soll diese sensiblen Untersuchungen unabhängig durchführen können? Das einzige westliche Labor, welches NROs zur Verfügung steht (siehe Artikel S.4/5), scheint von einer Beeinflussung durch die IAEA auch nicht frei zu sein. **mk ●**

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt:

Uranwaffen Aktuell
Australien:
vom Uranabbau zu Uranwaffen
Labor vertuschte Existenz von
Plutoniumkügelchen S. 1-5

Kontrovers:

Abolition 2000:
Der Streit um die „friedliche“
Nutzung der Atomkraft S. 6+7

Mayors for Peace:

Mayors for Peace setzen
sich für ein Ende der
nuklearen Teilhabe ein S. 8
Diskussion mit Politikern zur
Abschaffung der nuklearen
Teilhabe S. 9+10

Weltraum:

Atom Müll vom Himmel S. 11

Jugend:

Mit dem Rad in Belgien
Gewaltfreie Aktion am
Nagasakitag S. 12+13

GAAA:

5. Umrundung in Büchel S. 14

Personalie:

Ein unbeugsamer Mäher-
Prof. Ernest Sternglass S. 15

Apache-II-Kampfhubschrauber der israelische Armee in der Negev-Wüste



Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte

Liebe FriedensfreundInnen, der Atomtest Nordkoreas am 8. Oktober macht auf bedrohliche Art und Weise deutlich, wie sehr das Streben nach Atomwaffen als wichtiges Macht- und Druckmittel angesehen wird. Die nukleare Testexplosion kann zur Destabilisierung Asiens beitragen. Es sei denn, alle beteiligten Staaten machen sich endlich ihrer Verantwortung bewusst und sorgen für effektive Wege zur vollständigen Abrüstung aller Atomwaffen. Die Schaffung atomwaffenfreier Zonen gehört dazu. Doch auch die Überwindung der Atomenergie trägt zu einer sicherheits- und umweltpolitischen Entschärfung bei. In der Frühjahr-Ausgabe des FreiRaum haben wir uns bereits intensiv mit Tschernobyl und der Verbindung zwischen der „zivilen“ und „militärischen“ Nutzung der Atomtechnologie beschäftigt. Wir vertiefen die Diskussion in dieser Ausgabe und gehen dabei intensiv auf die Verwendung abgereicherten Urans ein. Man kann zweifellos davon sprechen, dass heute auch ohne den Einsatz von Atomwaffen, in den aktuellen Kriegen durch Uranwaffen Landstriche radioaktiv verseucht werden, mit all den schrecklichen Gesundheitsfolgen. Nur der Druck der BürgerInnen in aller Welt kann diesem Treiben ein Ende bereiten und umwelt-, frie- dens- und entwicklungspolitische Alternativen fördern. Und vielleicht hören wir dann in einigen Jahren ganz andere Meldungen: „Der Bundestag hat einen Atomwaffenverzicht für das Grundgesetz beschlossen“ oder „Am Wochenende wurden atomwaffenfreie Zonen im Nahen und Mittleren Osten sowie im Fernen Osten eingerichtet“ oder „Die Produktion von abgereichertem Uran wird unter Strafe gestellt“. Lassen Sie uns daran weiter intensiv arbeiten. Wir sorgen auch weiterhin für die notwendige Aufklärung. A propos Aufklärung: aufgrund eines Einbruchs in unserer Hamburger Redaktion u.a. mit dem Raub des Notebooks gab und gibt es erhebliche organisatorische Schwierigkeiten zu bewältigen. Wer in Erwartung einer Antwort ohne eine Reaktion durch Marion bleibt oder günstig ein Notebook abzugeben hat, möge sich bitte bei ihr melden.

Die FreiRaum-Redaktion
Roland Blach
Julia Kramer
Marion Küpker
Wolfgang Schlupp-Hauck

Australien - Die Uranmine der Welt?

Australisches Uran wird, entgegen dem Rat Indigener, abgebaut und in die ganze Welt exportiert

Australien hält den Schlüssel zur globalen Verbreitung von Nuklearwaffen, Uranwaffen und zur Wiederbelebung der Nuklearindustrie in der Hand. Es besitzt eines der größten Uranerzvorkommen, ca. 702.000t von 2.458.152t der Weltvorkommen.

In den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts begann Australien mit dem Abbau von



Zwei DU verseuchte australische Veteranen (links Philip Steele) auf der Welturanwaffenkonferenz in Hamburg 2003

Uran und exportierte es nach Großbritannien und in die USA. Es galt bislang eine „Nur drei Minen - Politik“, die seit dem Anstieg des Weltmarktpreises von Uran von den zwei größten politischen Parteien neu diskutiert wird. Die „Australien Labor Party“, die die „Drei Minen Politik“ entwickelt hat, war immer gegen die Produktion von Atomenergie. Seit 1996 regiert nun die „Liberal National Party Coalition“ das Land. Australien produziert zwar noch keinen Atomstrom, aber es gibt zur Zeit eine hitzige Debatte darüber, das eigene Uranvorkommen dafür zu nutzen. Australien ist der weltweit größte Energielieferant. Es ist der weltgrößte Exporteur von Kohle und fast zweitgrößter Exporteur von Flüssigerdgas. Im April 2006 unterschrieb Australien ein Übereinkommen, um Uran nach China zu exportieren. China sichert zu, dass die im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrags von Atomwaffen (NVV) festgelegten Sicherheitskontrollen (Safeguards) durchgeführt werden und China das Uran nur für friedliche Zwecke einsetzt. China ist Australiens zweitgrößter Handelspartner. Im März 2006 hat Australien Indiens Anfrage nach Uran abgelehnt. Premierminister John Howard sagte: „Wir haben derzeit keine Absicht Uran an Länder zu verkaufen, die den NVV nicht unterzeichnet haben.“ Australien exportiert aber Uran in die USA, die zwar den NVV unterzeichnet haben, derzeit allerdings den Forderungen des Vertrags nach nuklearer Abrüstung nicht nachkommen.

Während ein Allgemeinwissen über die Gefahren der Nuklearwaffen besteht, werden die Gefahren von Waffen mit abgereichertem Uran (DU) weiterhin ignoriert. DU-Waffen sind weitgehend Abfallprodukte des nuklearen Brennstoffkreislaufes. Nach dem Abbau des Urans und

dem Anreicherungsprozess kann mit dem Uran Atomenergie erzeugt werden. Das unabhängige medizinische Forschungszentrum für Uran in Kanada (UMRC) sagt, dass bei jedem Gramm „angereichertes Uran (U-235)“ das produziert wird, mindestens sieben Gramm „abgereichertes Uran (U-238)“ anfallen. Das spaltbare angereicherte Uran kann für die Herstellung von Atomenergie und Atombomben benutzt werden.

Der nicht spaltbare radioaktive Abfall, abgereichertes Uran, stellt den Hauptteil des in DU-Waffen verarbeiteten Materials. Diese Waffen werden in Konflikten überall auf der Welt verwendet. Wenn abgereicherte Uranwaffen brennen, werden Partikel von Uranoxiden in die Luft freigesetzt. Sie werden eingeatmet und verstrahlen die Betroffenen von innen. Die unsichtbaren Partikel mit einer Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren werden durch den Wind über die Erde verbreitet und setzen sich fest. Während der NATO-Bombardierung des Kosovo wurden in Italien und Griechenland erhöhte radioaktive Werte

gemessen. Tests, die vom UMRC durchgeführt wurden, enthüllten, dass abgereichertes Uran in Boden- und Wasserproben von Bosnien, Serbien, Kosovo, Irak und Afghanistan und im Urin von Militärpersonal und Zivilisten vorhanden ist. Panzer und andere Fahrzeuge, die durch abgereichertes Uran zerstört wurden, sind immer noch radioaktiv. Sie verseuchen den Boden, das Wasser und jedes Lebewesen, das in Kontakt mit ihnen kommt.

Aus den drei Prozessen Uranabbau, Herstellung von Atomenergie und Herstellung von Uranwaffen kann sich eine fatale Verbindung ergeben. Da Australien [noch vor Kanada] Hauptexporteur von Uran ist, fördert es den Teufelskreis, aus radioaktivem Abfall Waffen herzustellen und ihn so in die Hinterhöfe anderer Länder zu schießen. 2003 dokumentierte Dr. Asaf Durakovic, Direktor von UMRC, die diagnostizierten Krankheiten durch radioaktive Kriegsführung in einem kroatischen Medizinjournal: Hautausschlag, eiternde Wunden, Gelenkschmerzen, Herzkreislaufstörungen, Schwindelanfälle, Sehbehinderung, Zahnausfall, Atemprobleme, Kopfschmerzen, Impotenz, Unfruchtbarkeit, Krebs, Leukämie und Missgeburten. Britisches, kanadisches und amerikanisches Militärpersonal wurden positiv auf Verseuchung durch abgereichertes Uran getestet. Die aktuellen Zahlen der Veteranen der USA zeigen, dass 12.000 im 1. Golfkrieg Dienende gestorben sind und fast 300.000 Krankengeld bekommen. Innerhalb einer Veteranenorganisation in Mississippi, USA, sollen 67% der Kinder von Veteranen, die aus dem Golfkrieg zurückgekommen sind, schwerwiegende Geburtsfehler (fehlende Gliedmaßen, fehlende Augen) haben. Das sind ähnliche Geburtsfehler wie im Irak.

Das australische Militärpersonal, das im Golf stationiert war, weist ähnliche Symptome auf, aber sie wurden nie getestet. Ein Arzt der australischen Armee, Ed Grand, der im Nord-Irak während der Operation „Habitat“ stationiert war, um kurdische Flüchtlinge zu beschützen, bemerkte, dass keine der Frauen in seiner Einheit in der Lage war schwanger zu werden. Die australische Regierung erkennt nicht an, dass ihr Personal verstrahlt sein könnte, obwohl die Warnsirenen für nukleare, chemische oder biologische Verseuchung, die auf ihren Flotten-Fregatten angebracht sind, Alarm gegeben hatten.

Eine Forschungsarbeit des Universitätskrankenhauses in Basra wies im Irak einen 100 %-igen Anstieg von Leukämie bei Kindern nach, die zwischen 1990-1999 geboren wurden. Auch ungewöhnliche dreifache Bruchschäden in den Chromosomen von abgetriebenen Babys wurden entdeckt. Professor Huda Ammash wies nach, dass dreifache Chromosomen-Bruchschäden sonst nur in Hiroshima und Nagasaki vorkamen, und dass dieser Typ von Chromosomenschädigung nicht spontan auftritt, sondern nur durch Radioaktivität verursacht werden kann. Urinalanalysen aus Afghanistan 2002 durch das UMRC zeigten den höchsten Grad von Uranverseuchung, der jemals in der Geschichte gemessen wurde.

Australien kann sich nicht länger hinter der Fassade verstecken, dass die Uranexporte durch Sicherheitskontrollen überwacht und nur für „friedvolle“ Zwecke eingesetzt werden. US-Patente weisen eine Anzahl von Waffen mit Kernen aus DU auf. Die USA ist ein globaler Waffenhändler. Die menschliche Tragödie, die im Mittleren Osten ihren Lauf nimmt, hat ihren Ursprung wahrscheinlich auch in den Uranminen Australiens.

Die Menschenrechtlerin Dr. Karen Parker legte dar, dass DU-Waffen nach den Regeln des Völkerrechts illegal sind. Sie verstoßen gegen folgende Bestimmungen:

1. **Räumlich:** Waffen dürfen nur auf Schlachtfeldern benutzt werden
2. **Zeitlich:** Waffen dürfen nur während der Dauer eines Konflikts benutzt werden
3. **Wirkungsweise:** Waffen dürfen nicht übermäßig grausam sein
4. **Umweltbeeinflussung:** Waffen dürfen keinen übermäßigen Schaden an der Umwelt verursachen

Uranwaffen können nicht die Grenzen eines Schlachtfeldes, sowie den Zeitrahmen des Kampfes einhalten. Die radioaktiven Partikel fliegen über die Länder und um die Erde, verstrahlen die Luft, das Wasser, den Boden und alle Lebensformen für mehr als 4,5 Milliarden Jahre. Fehlbildungen von Neugeborenen, die nach dem Krieg geboren wurden und eine explodierende Zahl von Krebserkrankungen in der Zivilbevölkerung, die ständig mit der Radioaktivität in Berührung kommen, beweisen die Unmenschlichkeit dieser Waffen. Australien ist mitschuldig an den Kriegsverbrechen und an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Australien wurde seit der Schließung von Vieques, Puerto Rico, der größte Bombenabwurfplatz der USA. Die australische Regierung eröffnete australische Militärübungsplätze: Lancelin in Westaustralien, Delemere und Bradshaw im Northern Territory und Shoalwater Bay in Queensland. Im Januar 2006 begannen die USA das Northern Territory von Guam aus mit B-52 und B-1 Bombern sowie B-2 Stahlkappenbomben anzufliegen, um es regelmäßig zu bombardieren. Talisman Sabre, das größte Militärkriegsspiel zwischen Australien und USA findet im Mai/Juni 2007 in Shoalwater Bay in Queensland Talisman Sabre statt. Es wird aus über 30.000 militärischen Teilnehmern bestehen und die „nächste Generation“ der Kriegsführung testen, in einer Region die zum Naturschutzgebietes „Great Barrier Reef“ gehört.

Weiterhin werden hitzige Debatten auf beiden Seiten der australischen Politik geführt, ob die „Drei Minen Politik“ aufgegeben werden soll, um neue Minen zu eröffnen, um mit der Urananreicherung und der Herstellung von Atomkraft beginnen zu können. Der wirtschaftliche Gewinn wäre enorm. Die Verwendung von abgereichertem Uran wird in dieser Debatte allerdings nicht diskutiert. Australien hält den Schlüssel zur globalen Verbreitung von Atomwaffen, Uranwaffen und der Wiederbelebung der Atomindustrie in der Hand.

Pauline Rigby,

Autorin von „Your Future With Depleted Uranium“,
bestellbar bei: www.mindseeds.com.au

Übersetzung:

Nina Eisenhardt, Madlen Schneider ●

Der Sprengkopf bunkerbrechender Waffen bestehen zu 50-75% aus einem Material höherer Dichte. Wolfram macht hier keinen Sinn, da es sich nicht selbst entzündet. UMRC testete in Bombenkratern in Afghanistan positiv auf sog. natürliches Uran und geht bei den neuen Waffengenerationen vom Gebrauch weiterer Uranisotope als DU aus.



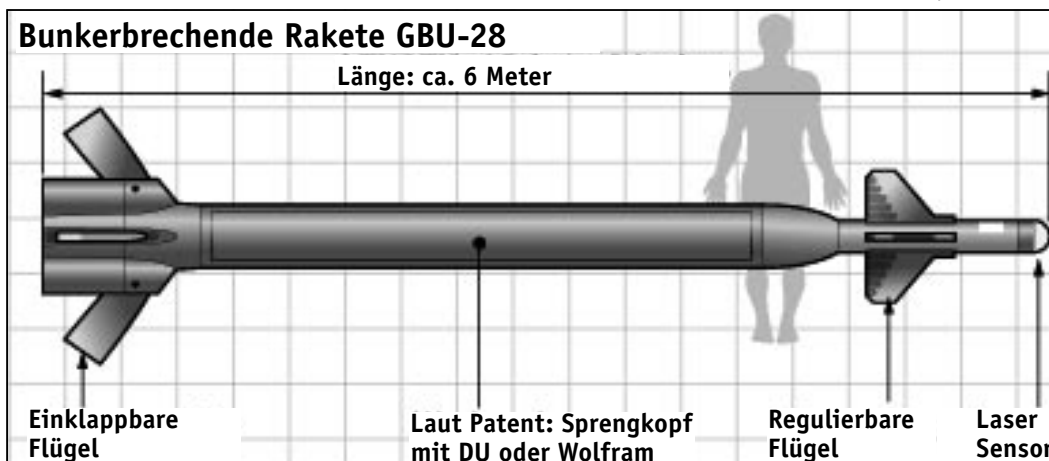
Pazifik Aktuell:

Bewohner der Marshall-Inseln klagen seit 20 Jahren gegen die USA. Auf Bikini und Enewetak fanden 67 oberirdische Atomtests statt, Rongelap war einem Fallout ähnlich dem des Tschernobyl-Unfalls ausgesetzt. Sie haben dieses Jahr erneut ein Verfahren auf 1 Milliarde Dollar Entschädigung vor einem US-Gericht angestrengt. Sie erklärten, dass auf Grund neuester Informationen über die Anzahl der Krebserkrankungen und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Gefahren von Radioaktivität die frühere US-Entschädigung eindeutig unzureichend war.

Die ursprüngliche Klage über \$5 Milliarden war 1986 abgelehnt worden, wodurch die Alternative des Nuclear Claims Tribunals entstand. Es sprach dem Enewak-Atoll (44 Atomtests) im April 2000 die erste Entschädigungs-Anerkennung in Höhe von \$386 Millionen zu. Das Bikini-Atoll ist die Insel, auf der 23 Atomtests stattfanden und wo 1954 „Bravo“ explodierte, die größte Wasserstoffbombe, die je von den USA getestet wurde. Ihren Bewohnern wurde 2001 eine Entschädigung von \$563 Millionen zugesprochen. Auf Grund fehlender Bezeichnung durch die US Regierung zahlte das Tribunal für die o.g. Urteile in 2002 und 2003 jedoch nur kleinere Beträge von \$2,2 Millionen für Bikini und \$1,6 Millionen für Enewetak aus. Das Bikini Atoll reichte daher zum 60. Jahrestag der Evakuierung durch die US-Marine eine weitere Klage ein: „Es ist der Versuch die Auszahlung der \$563 Millionen des Urteils aus dem Jahr 2001 zu bekommen,“ sagte Jack Niedenthal, Bikini-Sprecher. Ebenso wird für Enewetak eine erneute Klage angestrengt. Für das Rongelap-Atoll ist bisher noch nichts entschieden, weshalb auch hier eine weitere Klage vorliegt. Die Bush-Administration veröffentlichte 2005 einen Bericht im US-Kongress, wonach es keine gesetzliche Verpflichtung auf zusätzliche Entschädigung gebe.

Makaber:

Die US-Regierung drückte ihre tiefste Dankbarkeit gegenüber den Bewohnern der Marshall-Inseln aus für ihren Beitrag zu Sicherheit, Frieden und Freiheit! **mk ●**



DU in Atomwaffen

Der US-Vorrat von abgereichertem Uran (DU) wird seit mehr als einem halben Jahrhundert genutzt, um das Plutonium zu produzieren, welches sich in fast allen US-Atomwaffen befindet. Wenn man DU-„target rods“ (Pegelstäbe, die eine regulierbare Scheibe haben) in militärische Reaktoren einsetzt, wandeln sich einige der U-238 Atome des DUs in Plutonium-239 um. Dieses wird später für den Gebrauch als nuklearer Sprengstoff separiert. Praktisch entstand das gesamte Plutonium der Atom-sprengköpfe direkt durch abgereichertes Uran. Weiter verarbeitete das Militär von der ersten Wasserstoffbombe an abgereichertes Uran direkt in den metallischen Komponenten der Sprengköpfe.

Das abgereicherte Uran ist zu mindestens 50 % für die Sprengkraft, sowie das fast gesamte radioaktive Fallout jeder Wasserstoffbombe verantwortlich.

Das liegt am Plutonium-Zünder, welcher das Fusionsmaterial (Deuterium und Tritium) auf mehrere Millionen Grad Celsius erhitzt, so dass es eine nukleare Fusion (Kernschmelze) durchmachen kann. Die dabei frei werdenden Neutronen sind 4 oder 5 Mal energetischer als Neutronen, die bei einer Atomspaltung erzeugt werden. Neutronen sind hochgradig durchdringend, können aber eine gewaltigere Explosion hervorrufen, wenn sie von abgereichertem Uran abgefangen werden, das sie absorbiert und verstärkt. Das ist es, wofür abgereichertes Uran in der Wasserstoffbombe zuständig ist! Wenn diese hochenergetischen Fusionsneutronen auf DU-Atome treffen, sind diese normalerweise nichtspaltbaren Atome in der Tat spaltbar (etwas, das fast nie in nuklearen Spaltreaktoren passiert!). Daher werden diese Bomben „fission-fusion-fission“ Bomben genannt. Die erste Spaltung ist die des Plutoniums. Dann kommt die Fusion von Deuterium und Tritium. Schließlich findet die zweite Spaltung statt, nämlich die des abgereicherten Urans. Wenn das abgereicherte Uran aus der Wasserstoffbombe entfernt würde, bekäme man eine Neutronenbombe - sie zerstört zwar keine Gebäude und erzeugt weniger radioaktiven Fallout, ist aber absolut tödlich für jede Form von Leben.

Gordon Edwards, Ph.D.,

Präsident der Canadian Coalition for Nuclear Responsibility (Kanadische Koalition für nukleare Verantwortung)

mk ●

Frankfurter Labor vertuschte Existenz von Plutoniumkügelchen

Im Kernforschungszentrum GKSS bei Geesthacht existiert eine atomare Infrastruktur, die mit den zwei Forschungsreaktoren und weiteren Forschungsgeräten labormäßig eine Plutoniumgewinnung möglich macht. Laut Aussage des ehemaligen Forschungsministers Volker Hauff (SPD) ist das die ausreichende Infrastruktur zur Herstellung einer Atombombe. Damit gilt Deutschland als potentieller Atomwaffenstaat. Eine Tatsache, die sicher keine Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung finden würde. So verwundert es nicht, dass ein Unfall, der vor 20 Jahren auf dem GKSS Gelände stattgefunden hat und bei dem Plutoniumkügelchen in der Region verbreitet wurden, um jeden Preis geheim gehalten werden soll. Ein Weg dazu ist die Kontrolle der Labore.

Aktionstag mit Nina Hagen

Am 12. September, dem 20. Jahrestag des Unfalls, hatte die BürgerInitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch e.V. (BI) zum Aktionstag geladen. Der Unfall wird von der BI als ursächlich für die in den folgenden Jahren in der Elbmarsch zu beklagende welthöchste Leukämierate bei Kindern angesehen. Tausend Menschen und auch das prominenteste Mitglied der BI, Nina Hagen, kamen zum Deich in Marschacht. Bürgermeister sprachen, und unabhängige Wissenschaftler wie Dr. Sebastian Pflugbeil und Prof. Inge Schmitz-Feuerhake diskutierten über ihre Forschungserkenntnisse. Eine von der BI in Auftrag gegebene Studie wurde in einem geologischen Institut der Universität Frankfurt durchgeführt und von einem ZDF-Team für die Dokumentation „Leukämie in der Elbmarsch“ begleitet.

Das ZDF wird zensiert!

Das Frankfurter Labor untersagte dem ZDF die Ausstrahlung einer Filmpassage, deren Inhalt ich hier aus dem Strahlentelex Sept. 06 wiedergebe:

„Das ZDF begleitet diese Untersuchung. In Anwesenheit einer ZDF-Justitiarin werden die Probenbehälter versiegelt. Beauftragt mit der Untersuchung der Bodenproben wird Dr. Axel Gerdes, Geologe der Universität Frankfurt.“

Dr. Gerdes: „Die Proben reichen, denke ich, schon aus, um festzustellen, ob es hier irgendwas Unnatürliches gibt.“

Sechs Wochen später, am 4. Februar 2005: Das Labor des geologischen Instituts der Universität Frankfurt. Mit modernster Technik hat Dr. Gerdes

die versiegelten Bodenproben auf Radioaktivität untersucht. Sein Ergebnis:

Dr. Gerdes: „Es gibt nur eine Probe, die wirklich erhöht ist. Die hat ungefähr die doppelte Menge Plutonium drin, beim Uran ist es nicht erhöht.“ Mehr habe er nicht gefunden, auch keine Kügelchen. Eine ZDF-Autorin entdeckt jedoch unter dem Mikroskop auf Anhieb die Kügelchen.

Angelica Fell: „Da ist eins! Das meine ich!“

Dr. Gerdes: „Wo denn...? Da sind ja erstaunlich viele, so um die hundert Stück.“

Eine peinliche Situation für den Fachmann. Rechtfertigungsversuche:

Dr. Gerdes: „Das ist ein Kügelchen. Aber das sieht sehr natürlich, sehr normal aus. Das kann man auch gerne, wie gesagt, analysieren. Da wird man nichts Seltsames finden.“

Oder durfte Dr. Gerdes bei der Analyse gar nichts finden? – Sein Chef, der Institutsleiter Prof. Wolfgang Brey, hatte bereits im Vorfeld die Analyse von möglichen Kügelchen untersagt. Dem ZDF lässt er mitteilen: „Wenn Sie an einer Untersuchung dieser Kügelchen interessiert sind, würde ich Sie bitten, sich an das Bundeskriminalamt bzw. die Polizei zu wenden. Die könnten dann eine offizielle Untersuchung an uns weitergeben.“ Und weiter: „die Brisanz der Problematik ist einfach zu hoch.““

Daraufhin gab die BI eine neue Untersuchung in Auftrag und zwar bei dem international anerkannten Prof. Vladislav Mironov von der internationalen Sacharov Umwelt-Universität in Minsk. Die von ihm veranlasste Untersuchung der Kügelchen ergab im Juni 2005 verschiedene Kernbrennstoffe in nicht natürlicher Zusammensetzung, wie Thorium und Plutonium. Thoriumisotope senden Alphastrahlen aus und sind als Leukämieauslösendes Element aus der Medizin bekannt (über das Röntgenkontrastmittel Thorotrast).

Unabhängige DU-Tests in Gefahr

Das Frankfurter Labor ist für die internationale Anti-Uranwaffenbewegung von besonderer Bedeutung: es galt weltweit bisher als das einzige nicht-militärische Labor, welches die sensible Untersuchung von DU-Partikeln im Bereich kleinster Größen (Nanopartikel) mit Massenspektrometrie durchführen kann und Einzelpersonen zugänglich ist. In den letzten Jahren wurden jedoch in Frankfurt manchmal positive, manchmal negative Ergebnisse erzielt, die nicht nachvollziehbar sind. David Troche wurde 2005 von dem Labor negativ getestet. David war als deutscher Soldat aus Potsdam



Foto von Carsten Orth

nachweislich direkt nach den Bombardierungen auf einer DU-verseuchten Militärbasis im Kosovo stationiert. Hier in Deutschland hoffte er ein Verfahren auf Entschädigung durchführen zu können.



David erlag nach mehrfachen Chemotherapien Ende 2005 seinen schweren Gesundheitsschäden. Jürgen Hahnel war 2003 als ausländischer Friedensaktivist auch noch bei Kriegsbeginn als „internationaler Zeuge“ im Irak. Den Bombardierungen war er in naher Umgebung ausgesetzt und ca. ein Jahr danach für zwei Monate in und um Bagdad für Recherchen unterwegs. Er geht daher von einer DU-Belastung aus. Mit seiner Haaruntersuchung wollte er Rückschlüsse auf das Ausmaß der DU Belastung bei der dortigen Bevölkerung ziehen. Sein Ergebnis war negativ. Die US Soldaten, über die in der New York Daily News vom April 2004 berichtet wurde, ließen durch das Uranium Medical Research Center (UMRC) ihre Urinproben in Frankfurt in Auftrag geben. Diese wurden zwar positiv auf DU getestet, allerdings erklärte Dr. Axel Gerdes mir persönlich: „UMRC übertreibt in der Öffentlichkeit, die gefundene DU Menge bei den Soldaten war nicht hoch genug, um dieses mit ihren Krankheiten in Verbindung bringen zu können.“ Allerdings ist er kein Mediziner. Frieder Wagner wiederum hatte für seinen Dokumentarfilm „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ vom gleichen Labor positive Testergebnisse und weitere positive Testergebnisse für seinen neuen Film, in dem es auch um die Verseuchung mit DU im Nordirak geht. Weiterhin überlegen Golfkriegs-Veteranen aus Australien sich in naher Zukunft in Frankfurt testen zu lassen... Die ZDF-Dokumentation über die Leukämiefälle in der Elbmarsch macht inhaltlich das eigentliche Problem deutlich: kein Labor im Westen traut sich mehr, unabhängige Untersuchungen durchzuführen. Anfragen bei 17 Instituten im In- und Ausland blieben ohne Erfolg. Sie alle sind abhängig von den Aufträgen der internationalen und nationalen Aufsichtsbehörden (hier: IAEO und Kieler Atomaufsichtsbehörde). Zuwiderhandlungen hatten in der Vergangenheit Schließungen der Einrichtungen zur Folge. Nicht nur das Frankfurter Labor durfte die metallischen Kügelchen nicht untersuchen, auch das Institut für Transurane in Karlsruhe erhielt dazu vom Lübecker Staatsanwalt keinen Auftrag. Die Organisation Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) erstattete 2001 Strafanzeige gegen Verantwortliche des AKW Krümmel und der GKSS wegen des Verdachts des Freisetzens ionisierender Strahlen. Die Staatsanwaltschaft Lübeck erklärte die Einstellung des Verfahrens. In den osteuropäischen Ländern gibt es noch Labore, die nicht vollständig von der Atomauf-

sichtsbehörde (IAEO) kontrolliert werden, die vor diesem Hintergrund aber nicht genannt werden möchten, damit sie nicht ein ähnliches Schicksal ereilt. Daher gibt die BI auch nur das Ergebnis der Studie und den Weg an, wie diese Kügelchen untersucht werden können. Die staatlichen Verantwortlichen haben so jederzeit die Möglichkeit, die Wiederholung dieses Tests in einem Labor zu veranlassen. Kügelchen gibt es ja genug in der Region. Zumindest hat die ZDF Dokumentation wieder Auftrieb in die Debatte gebracht. **Ganz akutell: am 4. Oktober wurde bekannt, dass ein weiteres Kind in Geesthacht an Leukämie erkrankt ist. Weitere Infos: www.fuhrken.com/atom.**

Zur Geschichte der GKSS gibt es eine hochinteressante Broschüre zum Weiterlesen:

„Atomforschung in Geesthacht“, herausgegeben 1989 vom Hamburger Arbeitskreis „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“, beschreibt ausführlich nicht nur die atomare Infrastruktur sondern auch die Verquickung mit Naziwissenschaftlern.

Die GKSS ist nicht nur von Naziwissenschaftlern gegründet worden, die bereits unter Hitler das Atombombenprogramm koordiniert und geleitet haben. Auch ihr Nachwuchs kommt z.T. aus den neofaschistischen Reihen. Einige der deutschen Atombombenforscher waren nach dem II. Weltkrieg in britische Kriegsgefangenschaft geraten, konnten aber nach wenigen Jahren in der BRD weiterforschen. Ihre wissenschaftlichen Publikationen haben sie oft als Mitherausgeber in der neofaschistischen Zeitschrift „Fusion“ publiziert. Darüber hinaus sind sie eng mit einer US-amerikanischen neofaschistischen Gruppe verbunden. Patentierungen u.a. für eine deutsche Wasserstoffbombe, deren Entwurf auf das Jahr 1952 zurückgeht, die enge Zusammenarbeit im deutsch-brasilianischen Atomprogramm zwischen der GKSS und der brasilianischen Militärdiktatur, sowie die Vernetzung mit Politik und deutschen Konzernen sind Themen. Es zeigt sich zudem, dass sich hinter vielen zivilen Bereichen der GKSS auch militärische Projekte verstecken. Die Broschüre hat ihr Augenmerk hauptsächlich auf den militärischen Bereich gelegt. Eine Kopie kann für einen Kostenbeitrag von 5 Euro bei Marion Küpker bestellt werden. **mk ●**

Auf dem Aktionstag spricht Nina Hagen gegen abgereichtes Uran - <http://ninahagen.beeplug.de>; TeilnehmerInnen konnten sich den sog. Wurmkot (die Plutoniumkügelchen) im Mikroskop anschauen. Fotos von Jörg Modrow - www.modrografie.de

Keine Entschädigung für DU-verseuchten Arbeiter

Richard David „Nibby“ arbeitete von 1985-1995 als Ingenieur und Maschinist für die Raumfahrtgesellschaft Normalair Garrett, heute im Besitz von Honeywell in Großbritannien. Der Konzern ist weltweit bekannt ist für die Herstellung von Hubschraubern und anderen Industrieteilen. Nibby entdeckte, dass an seinem Arbeitsplatz ab 1966 Uranmetall als Ballast für den Rotor der Hubschrauberflügel verwendet wurde. Letzten März verlor Nibby seinen zehnjährigen andauernden Kampf um Entschädigungszahlung und unterlag beim Obersten Gericht in London mit dem Versuch, einen Präzedenzfall für die Anerkennung schwerster gesundheitlicher Schäden durch den Umgang mit abgereichertem Uran (DU) auch in zivilen Bereichen zu erzielen. Nibby gab zu seiner gerichtlichen Niederlage bekannt: „Die vom Gericht angeordnete Neuuntersuchung der ursprünglichen Urinprobe auf DU durch Prof. Parrish hatte ein negatives Ergebnis und brachte damit mein Verfahren zum Einstürzen.“ Es war für Nibby entscheidend nachzuweisen, dass er DU im Körper hatte.

Für den Richter waren die Beweise von hohen Chromosomenschäden, erzeugt durch Radioaktivität (10 Mal höher als die Chromosomenschäden, die durch Krankenhaus-Röntgenbestrahlung erzeugt werden) kein ausreichender Beweis für die Verseuchung mit DU. Er verlangte eine Neuuntersuchung der seinerzeitigen Urinprobe.

Ursprünglich hatte Asaf Durakovic vom Uranium Medical Research Center den Urin im Labor der Universität von Neufundland durch Pat Horan untersuchen lassen, mit positivem Ergebnis. Als die Universität unerwarteter Weise Pat Horans Labor dicht machte, wurden die Proben auf Veranlassung des US-Verteidigungsministeriums beschlagnahmt. Nibby stellte das neue, negative Ergebnis der Urinprobe in Frage, da es keinen klaren schriftlichen Nachweis darüber gab, wohin die Proben nach der Beschlagnahme gekommen waren und ob jemand, noch bevor oder auch nachdem die Proben in britische Regierungshand übergegangen waren, Einfluss genommen haben könnte. Der vorsitzende Richter lehnte diesen Einwand ab. Nibby musste sich wie David gegen Goliath selbst im Verfahren verteidigen, während Honeywell keine Kosten scheute und ein neun Mann starkes Verteidigungsteam auffuhr. **mk ●**



10 Jahre GAAA

Die GAAA feiert vom 17.-19. November ihren zehnten Geburtstag!

Wir wollen an diesem Wochenende auf die zehnjährige Arbeit zurückschauen und Erfolge wie Misserfolge gleichermaßen in Augenschein nehmen, inhaltlich und strukturell. Wir wollen aber auch die Grundlage dafür schaffen, die es der GAAA ermöglicht, weitere 10 Jahre gewinnbringende Arbeit für eine Welt ohne Atomwaffen zu leisten, auf dass wir uns ab 2020 anderen Themen zuwenden können, wenn wir unser großes Ziel erreicht haben. Deswegen starten wir die diesjährige Tagung am Freitag sowohl mit einer Aktion als auch einem Vortrag von Prof. Ernst Schwarcz aus Österreich. Wir wollen uns aber in Laufdorf, in der Nähe unseres Geburtsortes, auch ausgiebig Zeit zum Feiern nehmen. Mehr dazu ist unter www.gaaa.org und der im Oktober verschickten Einladung zu lesen. **rb** ●

Bomben nein – wir gehen rein

So nennt sich eine Kampagne mit dem Ziel, die Inbetriebnahme Europas größten Luft-Boden-Schießplatz in der Wittstock-Kyritz-Ruppiner Heide („FREIE HEIDE“) zu verhindern. Auch das Jagdbombergeschwader 33 aus dem Atomwaffenstützpunkt Büchel soll hier üben. Das sind gute Gründe für alle, die sich der GAAA zugehörig fühlen, hier aktiv zu werden. Im Rahmen von „Bomben nein - wir gehen rein“ haben bereits rund 1500 Menschen schriftlich ihre Absicht erklärt, das militärische Sperrgebiet zu betreten, falls die Bombardierungen in der Heide beginnen. Bisher wird die Bundeswehr noch durch mehrere Gerichtsbeschlüsse daran gehindert. Das kann sich aber bald ändern. 900 der 1500 UnterzeichnerInnen kommen aus der Region. Man wünscht sich Unterstützung aus ganz Deutschland. Für viele FreiRaum-LeserInnen ist es ein weiter Weg in die Heide, die sich etwa 80 km nördlich von Berlin befindet. Deshalb hat der Autor dieser Zeilen die Idee, eine Bezugsgruppe oder mehrere mit Leuten aus den „südlichen“ Bundesländern zu bilden, die im Falle der Inbetriebnahme zusammen in die Heide reisen und sich dort an Go-In-Aktionen beteiligen. Wer sich vorstellen kann, dabei mitzumachen, melde sich bei mir (Anschrift unten). Dort kann auch das Info-Faltblatt der Kampagne mit dem Text der zu unterzeichnenden Erklärung bestellt werden. Nähere Infos im Internet unter www.resistnow.freieheide-nb.de **Martin Otto** ●
Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar

Abolition 2000:

Mit neuer Energie für den Frieden?

Der Konflikt mit dem Iran macht es deutlich: Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag gibt das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie, aber diese ist verbunden mit der Entwicklung der Fähigkeit zum Bau der Atombombe. Auf der Jahresversammlung von Abolition 2000 wurde beschlossen, dass sich der Zusammenschluss von NGOs für die Schaffung einer Agentur für nachhaltige Energien einsetzt. Eine einstimmige Entscheidung kam nicht zustande, Gegenstimmen kamen vor allem aus Frankreich. Wir dokumentieren in FreiRaum Kontrovers verschiedene Argumente.

Nichtverbreitungsvertrag (NVV) - Artikel IV

(1) Dieser Vertrag ist nicht so auszulegen, als werde dadurch das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien beeinträchtigt, unter Wahrung der Gleichbehandlung und in Übereinstimmung mit den Artikeln I und II die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln.

(2) Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern, und sind berechtigt, daran teilzunehmen. (...)

Aus der Gründungserklärung von Abolition 2000

Die unauflösbare Verbindung zwischen „friedlicher“ und militärischer Nutzung atomarer Technologie und die Bedrohung für künftige Generationen, welche die Erschaffung und der Einsatz langlebiger radioaktiver Materialien mit sich bringen, müssen bewusst erkannt werden. Wir müssen uns auf saubere, sichere und erneuerbare Formen der Energieerzeugung verlegen, die kein Material für Massenvernichtungswaffen liefern und nicht auf Jahrtausende hinaus die Umwelt vergiften. Das wahre „unveräußerliche“ Recht ist nicht das auf Atomenergie, sondern das auf Leben, Freiheit und Unversehrtheit der Person in einer atomwaffenfreien Welt.

Serge Levillayer, französischer Friedensaktivist

Ich bin dagegen, dass Abolition 2000 sich an der Kampagne für eine atomenergiefreie Welt beteiligt. Die Argumentation, dass zivile und militärische nukleare Nutzung falsch sind, weil sie miteinander verbunden sind, würde bedeuten, dass sie untrennbar verbunden sind. Die Beweise dafür sind mir zu schwach.

Ich wünsche mir eine gewaltfreie Welt, aus welcher der Krieg verbannt ist. Es muss in diesem Jahrhundert möglich werden, chemische,

biologische wie auch nukleare Technologien zu nutzen, während gleichzeitig chemische, biologische und nukleare Waffen verboten werden.

Ich akzeptiere nicht, dass Atomwaffen mich, mein Land oder die Werte für die ich eintrete verteidigen sollen. Zu diesen Werten gehört die Hoffnung, dass die Wissenschaft dem Gewissen gehorchen wird. Wissenschaft ohne Gewissen ist die Zerstörung der Seele.

Henri Firket, AMPGN, belgischer Zweig der IPPNW

Wenn wir uns nicht nur für das Ziel Abrüstung der Atomwaffen einsetzen, sondern gleichzeitig die Atomenergie abschaffen wollen, dann wird unser Ziel noch utopischer. Wir müssen anerkennen, dass der Energiebedarf sich in den nächsten Jahrzehnten verdreifachen wird (Entwicklung in China und Indien). Dabei abhängig zu sein von Kohle und Öl ist unmöglich und verschlimmert den Klimawandel.

Wir akzeptieren im Alltag viele Technologien, die als todbringende Waffen eingesetzt werden können, wie Sprengstoffe und Laser. Es ist möglich, solche Anwendungen zu verbieten und die friedlichen zu nutzen.

Bei der Atomenergie können auch bei der friedlichen Nutzung gefährliche Entwicklungen auftreten, aber bestehende und verbesserte Kontrollen können eingesetzt werden, um dies zu verhüten.

Wir müssen uns konzentrieren, anstatt die Nuklearindustrie als Ganzes oder die IAEA zu verurteilen, ohne zu sehen, was sie an nützlichen Kontrollen durchführt.

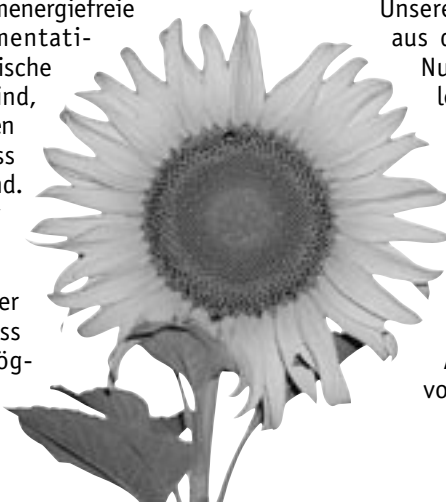
Dominique Lalanne, Vorsitzender von Stop Essais/Abolition of Nuclear Weapons, Frankreich

Ich glaube es ist nötig, diese Diskussion zur PrepCom zu führen. Aber das ist sicher keine Fragestellung für die Delegierten. Die NGOs müssen dies entsprechend dem Beschluss von Abolition 2000 tun. Es wird demzufolge darum gehen, wie die IAEA abgehalten werden kann, die Atomenergie zu fördern, und wie eine neue Agentur für erneuerbare Energien geschaffen werden kann.

Alice Slater, Global Resource Action Center for Environment (Grace), New York

Unsere nukleare Krise ergibt sich aus der Verbreitung „friedlicher“ Nukleartechnologie und fehlender Abrüstungsbereitschaft der Atomwaffenstaaten.

Mohammed ElBaradei stellte fest, es gehe einfach nicht, dass jedes Land Plutonium abtrennen oder Uran anreichern könne. 30 - 40 Länder bekämen sonst die Kapazität zum Bau von Atomwaffen, was innerhalb von Monaten zu deren Besitz



führen könnte. Die neuen Vorschläge zur Kontrolle des Brennstoffkreislaufes von ElBaradei und der Blix-Kommission sind jedoch zum Scheitern verurteilt. Der NVV erhielt nur einen weiteren diskriminierenden Aspekt, eine neue Kategorie von Besitzern und Nichtbesitzern. Es ist ungerecht, wenn manche Nationen wie Brasilien und Japan ihren eigenen Nuklearbrennstoff aufbauen dürfen, andere wie Iran und Nordkorea jedoch nicht. Wir müssen das „unveräußerlichen Recht“ auf die friedliche Nutzung der Atomenergie ersetzen durch eine internationale Agentur für nachhaltige Energien (ISEA), die aus den mehr als 250 Milliarden Dollar finanziert wird, mit denen jährlich Atomenergie und fossile Brennstoffe gefördert werden.

Nichtregierungsorganisationen haben den Entwurf einer Satzung für die Agentur erarbeitet.

Wie der Atomteststoppvertrag das in Artikel IV des Nichtverbreitungsvertrags (NPT) garantierte Recht auf friedliche nukleare Explosionen außer Kraft setzt, würde die Errichtung einer ISEA das Recht auf die friedliche Nutzung der Atomenergie außer Kraft setzen. Das Thema des Aufbaus einer Energieagentur, verbunden mit einer Aussetzung des Baus neuer Reaktoren und der Produktion nuklearer Brennstoffe, sollte auf die Tagesordnung der Überprüfungskonferenz des NVV.

Dave Kraft, NEIS- Nuclear Energy Information Service, Chicago

Das chinesische Schriftzeichen für das Wort „Krise“ besteht aus zwei Symbolen – das eine bedeutet „Gefahr“ und das andere „Möglichkeit“. Dieses beschreibt sehr gut die jetzige Debatte um den Artikel IV des NVV. Die Krise zu sehen ist sehr einfach. Auf die Möglichkeiten zu blicken ist viel schwieriger, aber es existiert eine, für die geplant werden kann.

Manche sorgen sich, dass die Forderung den Artikels IV aufzuheben dazu führt, dass der gesamte NVV zur Diskussion steht und in die Gefahr von Veränderungen gerät, von denen viele unvorteilhaft, ja schlechter sind, als das was jetzt existiert. Das sind berechtigte Sorgen.

Gegen den Artikel IV zu opponieren ermöglicht jedoch eine öffentliche Debatte des gesamten Brennstoffkreislaufes - militärisch wie zivil - und so den Wandel des gesamten NVV. Friedensaktivisten erhalten die Gelegenheit, auf dem Gleichheitsprinzip: „Alle oder Keiner“ zu bestehen. Entweder sind diese Technologien legal und dann für alle Nationen oder für keine einzige. Damit wird die Doppelmoral angegriffen, die gegenwärtig zwischen nuklearen Besitzenden und nuklearen Habenichtsen besteht und die viele aktuelle Krisen antreibt.

Wenn die nuklearen Besitzer eine Debatte um den Artikel IV nutzen würden, um zu versuchen auch andere Teile des NVVs zu verändern, dann setzen sie sich der Gefahr einer weltweiten Abstimmung über die Legitimität aller Atomwaffen und vielleicht einer Abstimmung in der Generalversammlung aus.

Wenn die Atommächte nachgeben und ihre Aktivitäten gemäß Artikel IV beschränken, erhält die Bewegung ohnehin, was sie versucht zu erreichen. Wenn dies zum formal vereinbarten Pla-



nungsziel einer Kampagne der Friedensbewegung würde, dann könnte für die Atommächte eine Position geschaffen werden, in der sie nur verlieren können. Wir sollten uns vorbereiten, den Artikel IV aus Anlass der NVV-Konferenzen öffentlich zu kritisieren.

Marion Küpker, Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen und DFG-VK, Hamburg

Ich denke es macht keinen Sinn, diese Frage im Rahmen des NVV zu diskutieren, aber innerhalb der Nichtregierungsorganisationen kann man Bewusstsein schaffen.

In den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts war der internationale Widerstand gegen oberirdische Atomtests und Atomwaffen sehr groß und breit (z.B. Göttinger Appell der Wissenschaftler...). Der immense Fallout der sogenannten radioaktiven Niedrigstrahlung der Atomtests hatte globale gesundheitliche Auswirkungen, wie es vorweg in diesem Ausmaß von den Wissenschaftlern nicht vorhergesehen wurde. Die westliche Atomindustrie befürchtete ihr Aus, nachdem bereits der Vertrag zum Verbot oberirdischer Atomtests unterzeichnet worden war. Jetzt ging es für die Atomindustrie darum, schnell eine Strategie zu haben, die ihr Fortbestehen sicherte. Dieses war und ist u.a. der Artikel IV des NVV. Er selbst ermöglicht die Weiterverbreitung von Atomwaffen, da das zivile Atomprogramm sich nicht vom militärischen trennen lässt, erst Recht nicht mit einer parteilichen IAEA als Kontrollorgan. Und wozu auch, da das sogenannte zivile Atomprogramm doch nur auf Grund der militärischen Interessen staatlich subventioniert wurde und wird. Der NVV war von Beginn an eine Phrase, z.B. ermöglichten führende Atommächte Israel auch ohne NVV-Beitritt im Geheimen Zugang zu Atomwaffen, worüber bis heute einmütig geschwiegen wird. Eine Abschaffung des Artikel IV würde wiederum den ganzen NVV neu zur Diskussion stellen und zunichte machen, aber dieses ist wegen der Vetorechte sowieso keine Option. Die Pro-Atomenergie-Stimmen zeigen, dass eine Bewegung nur gegen Atomwaffen nicht ausreicht. Jede/r, der sich darüber hinaus mit den Gefahren der Atomenergie auseinandersetzt, begreift schnell, dass wir fehlertolerante Technologien brauchen, da Mensch und Technik nicht unfehlbar sind.

zusammengestellt von mk/wsh ●

Inspektion der UAA Gronau

Etwa 80 AtomkraftgegnerInnen trafen sich Mitte Juni vor dem Tor der Urananreicherungsanlage in Gronau zu einer symbolischen Inspektion. Sie verlangten am Tor Einlass, um in Augenschein nehmen zu können, was hinter den Zäunen der Anlage geschieht. Als niemand öffnete, umrundeten sie das Werksgelände und hängten ein Plakat auf: „Garantiert tödlich“. Die Kampagne „nirgendwo“ kritisiert mit der Aktion die Doppelmoral der westlichen Staaten beim Thema Urananreicherung. *„Dem Iran wirft man vor, Uran anreichern zu wollen, weil diese Technologie zum Bau einer Atombombe dienen kann“*, erläutert Oliver Stark von der Kampagne „nirgendwo“, *„während Deutschland und andere westliche Staaten exakt das Gleiche tun.“*

Die Anlage in Gronau werde sogar zur Zeit noch ausgebaut. Im Atomstreit mit dem Iran messe der Westen mit zweierlei Maß. Die Kampagne wendet sich insbesondere dagegen, dem Iran mit Gewalt zu drohen. *„Unter einem Krieg leidet vor allem die Bevölkerung“*, so Stark, *„nicht die politischen und religiösen Führer. Wer die Angst vor einem Angriff schürt, fördert damit Nationalismus und Fanatismus im Iran. Das erreicht das Gegenteil von dem, was es soll.“*

Die Atomkraftgegner weisen darauf hin, daß die zivile Nutzung der Atomkraft nicht nur im Iran zur Verbreitung radioaktiven Materials beiträgt und den Bau von Atombomben ermöglicht. Wer die Verbreitung von Atomtechnologie verhindern wolle, dürfe sie nicht gleichzeitig im eigenen Lande forcieren. Vertreter der russischen Umweltorganisation Ecodefense forderten den Stopp des Exports von abgereichertem Uran aus der UAA Gronau nach Rußland. *„Auch abgereichertes Uran wird für die Waffenproduktion verwendet“*, so Wladimir Sliwjak von Ecodefense, *„der Einsatz von panzerbrechender Uranmunition führt zu radioaktiver Verseuchung in Kriegsgebieten und schädigt langfristig die Gesundheit der Zivilbevölkerung. Selbst wenn das abgereicherte Uran nicht militärisch verwendet wird, ist der Atommllexport unmoralisch und birgt das Risiko terroristischer Angriffe.“*

In der Nacht darauf gelang es drei Atomkraftgegnern, unbemerkt auf das Gelände der UAA einzudringen und dort die Erweiterungsbaustelle zu inspizieren. **rb ●**

Stoppt Bechtel

Der US-Konzern Bechtel ist weltgrößtes Bauunternehmen und zeitgleich Nuklear-Profiteur Nr.1. Von Hiroshima über Yucca Mountain zum Nahen und Mittleren Osten verbindet der Protest gegen Bechtel die Anti-Atomwaffen-, die Antikriegs- und Anti-Globalisierungsbewegung. Bechtel hatte Teil an der Entwicklung der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Heute hat Bechtel Verträge mit fast allen US-Atomanlagen und ist in jedem Bereich tätig: von der atomaren Entwicklung bis zur Atommülllagerung.

Bechtel besitzt für mindestens \$40 Milliarden Verträge, die mit Atomwaffen und Atommüll-„cleanup“ zu tun haben. Bechtel hat die meisten der Atomkraftwerke in den USA und weltweit gebaut. Jetzt verdient Bechtel doppelt und zwar Milliarden von Dollar an der Entsorgung und Dekontamination von Anlagen, die sie selbst gebaut haben.

Bechtel bekam den \$ 1,9 Milliarden Vertrag um das sog. nationale Atommüllendlager im Yucca Mountain zu bauen. Dieser Berg gehört den Western Shoshone Indianern, die befürchten, dass ihr Grundwasser radioaktiv verseucht wird. Jetzt rechnet Bechtel selbstsicher mit weiteren Geldern der Bush-Administration für den Bau neuer AKW's.

Bechtel baute die petrochemische Anlage, die es dem Irak erlaubte, chemische Waffen gegen den Iran einzusetzen. Als sich Saddam Hussein den Wünschen Bechtel's zum Bau einer Ölpipeline widersetzte, betrieb Bechtel Lobbyarbeit für einen Krieg.

Jetzt erhält Bechtel \$2,8 Milliarden, um Iraks Infrastruktur wieder aufzubauen.

Der Grundstock für die Wasserprivatisierung im Irak ist durch Bechtel bereits gelegt. Die Preissteigerung wird die Menschen zwingen, dem Zugang zu Wasser Vorrang vor Essen, Kleidung und Unterkunft zu geben, wie es bereits in Bolivien geschah, als Bechtel das Wasser in Cochabamba privatisierte.

Bechtel hatte zu Zeiten des Schah-Regimes den Vertrag zum Bau des ersten AKW's im Iran. Bechtel baute Indiens erstes AKW in Tarapur - die Anlage, die das Plutonium für den ersten Atomtest 1998 produzierte.

Mehr Informationen zur US-Kampagne „Stoppt Bechtel“: www.august6.org

mk ●

Aus dem nuklearen Teufelskreis austeigen

Das Thema erneuerbare Energien wollen wir auf unserer Studien- und Aktionsreise im nächsten Frühjahr als Beitrag zum Klimaschutz und zur Verhinderung von Kriegen ins Zentrum stellen.

Bei unseren Gesprächen mit der Jugenddelegation in Wien im Sommer 2006 haben wir erfahren, dass im nächsten Jahr die NPT-PrepCom (Vorbereitungskommission für die Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrages) in Wien tagen soll. Anlass dafür ist das 50-jährige Bestehen der internationalen Atomenergiantwortung IAEA. Unsere Vorbereitungspläne laufen schon, auch wenn dieser Tage erst die offizielle Bestätigung aus der UN-Vollversammlung in New York erwartet wird.

Unsere Visionen für 2007

- **Mit dem Rad nach Wien - Jugendcamp bei der UNO**

10 Tage vor der Prepcom starten wir mit einer Fahrradtour vom EUCOM in Stuttgart über Mayors for Peace - Städte nach Wien. In Wien bauen wir bei der UNO-City ein Jugendcamp auf.

- **Mit den Mayors for Peace Fronten überwinden**

In der einzigen deutsch-iranischen Städtepartnerschaft Freiburg Isfahan sehen wir eine aktuelle Möglichkeit der Konfliktüberwindung. Beide Städte haben sich durch Ihre Mitgliedschaft bei Mayors for Peace der nuklearen Abrüstung verpflichtet. Auch Wien ist Mitglied bei Mayors for Peace. Dies wollen wir nutzen, unser Wunsch: Die drei Städte veranstalten gemeinsam eine Tagung „Energie für unsere Städte - Energie für den Frieden“, um auf der Ebene der Zivilgesellschaft Diskussionen über erneuerbare



Wolfgang Schlupp-Hauck mit Irans IAEA-Botschafter Ali Asghar Soltaniye. Foto: Tobias Bollinger

Energien anzustoßen, die auf der Ebene der Diplomatie nicht stattfinden, weil sich die Seiten in einem destruktiven Machtkampf verheddert haben.

Kontakte geknüpft

Ich war im September erneut in Wien und habe mit den dortigen Friedens- und Umweltgruppen Kontakt aufgenommen, habe im Bürgermeisterbüro vorgesprochen und erneut den iranischen Botschafter getroffen. Unsere Vorstellungen stießen in Wien auf großes Interesse. So ist der Grund gelegt für die Verwirklichung unserer Aktionsideen.

Das gleiche gilt für Freiburg, wo ich im Anschluss war. Der Initiator der Städtepartnerschaft mit Isfahan Mohamed Salvati hat während seines Urlaubs im Iran die Pläne vorgestellt und ist mit der Zusicherung zurück gekommen, dass Isfahan mit Freiburg gemeinsam die Erklärung der Mayors for Peace „Cities are no Targets“ unterzeichnen und veröffentlichen will und dass das Interesse besteht, sich an den Veranstaltungen in Wien zur PrepCom zu beteiligen.

Wir brauchen nun hier Menschen, welche sich an der Umsetzung beteiligen durch Ihre Mitarbeit und ihre Spenden.

Weitere Informationen, um die Aktion im eigenen Ort aufzugreifen finden Sie unter www.atomwaffenfrei.de **wsh ●**

Cities are no Targets - Städte sind keine Zielscheiben

Im Rahmen der der Kampagne“ 2020 Vision -atomwaffenfrei bis 2020“ rufen die Mayors for Peace dazu auf, überall, an allen Orten Erklärungen an die Atommächte zu verabschieden. Sie sollen bewußt machen, dass Atomwaffen auf Städte zielen und mit der kommunalen Forderung, „Städte nicht als Zielscheibe“ zu benutzen die wesentlich umfassendere Forderung nach einer atomwaffenfreien Welt unterstützen.

Aus dem Entwurf:

Öffentliche Bekanntmachung der Stadtverwaltung

An die Machthaber aller atomar gerüsteten Nationen,

im Interesse der Bürger dieser Stadt fordern wir, die Anwendung von Atomwaffen im Kampf gegen irgendeine Stadt unter allen Umständen und ausdrücklich auszuschließen.

STÄDTE SIND KEINE ZIELSCHEIBEN

Unsere Kinder verdienen eine atomwaffenfreie Zukunft

Die Atommächte sollen aufgefordert werden, die Streichung aus der Zielliste zu bestätigen.

Der Städtetag in den USA hat bereits eine solche Erklärung verabschiedet.

Große Koalition ringt um den Stellenwert der Abrüstung

Der schleichende Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe ist noch umstritten

Ende Juli nahm die Bundeswehr die ersten Eurofighter in Dienst. Die Umrüstung auf das „modernste, fliegende Waffensystem“ hat begonnen. Doch wir Friedensbewegte, die wir einst gegen diese Entwicklung protestiert haben, können in einem wichtigen Punkt zu Frieden sein: atomwaffenfähig ist der Donnervogel nicht.

Wenn die Tornados ausgemustert und durch Eurofighter ersetzt werden, dann ist die nukleare technische Teilhabe beendet. Die Bundeswehr besitzt dann kein Trägersystem mehr, das Atomwaffen ins Ziel tragen kann. Das wird aber noch eine Weile dauern. Die Außerdienststellung der letzten Tornados ist für nach 2020 geplant.

Um das Ende der technischen nuklearen Teilhabe ist mit dem Weißbuchentwurf in der großen Koalition ein Streit entbrannt, denn Verteidigungsminister Jung will auch „in Zukunft die deutsche Teilhabe an den nuklearen Aufgaben der NATO“, einschließlich der Bereitstellung von Trägersystemen. Die SPD will das nicht.

Bürgermeister kritisieren gemeinsam das Weißbuch

In diesen Streit haben sich mit einer gemeinsamen Erklärung die Bürgermeister von Mutlangen (CDU) und Schwäbisch Gmünd (SPD) eingemischt. „Mit Sorge“ sehen sie, dass die „nukleare Teilhabe Deutschlands unbefristet fortgesetzt werden soll.“ Sie forderten zu den Hiroshima-



Wie lange muss in Büchel noch die Trommel für die nukleare Abrüstung geschlagen werden? Foto: Pressehütte

und Nagasaki-Gedenktagen „die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland nicht länger zu dulden, keine Trägermittel für Atomwaffen zur Verfügung zu stellen und Bundeswehrsoldaten keine Atomwaffeneinsätze üben zu lassen. Deutschland muss seine nukleare Teilhabe aufgeben und atomwaffenfrei werden.“

Um auf dieses Ziel hinzuwirken, starteten wir eine Reihe von Treffen mit politischen Entscheidungsträgern. Bürgermeister Peter Seyfried kam mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Barthle zu uns in die Pressehütte.

CDU-Abgeordneter fordert mehr Abrüstung

Barthle meinte, dass das Weißbuch die Strategie der Bundeswehr auch von der der USA abgrenzen solle, nicht in Opposition, aber mit einer anderen Schwerpunktsetzung. Er wünsche sich einen eigenständigeren Ansatz als die sicherheitspolitischen Experten der CDU, die sich zu stark an den Leitlinien der USA orientierten.

Barthle stellte nun einen Alternativentwurf für die Atomwaffenfrage in der Union zur Diskussion. Er betont darin eindeutig die Abrüstungsverpflichtung, fordert aber leider nicht unmissverständlich genug das Ende der nuklearen Teilhabe: „völkerrechtlich verbindliche,



Lotte Rodi, Marianne Späh, Wolfgang Schlupp-Hauck im Gespräch mit Bürgermeister Peter Seyfried und MdB Norbert Barthle. Bild: Pressehütte

Gleichgeschaltete Medien

Simon Harak, katholischer Priester und US Koordinator der „War Resisters League“ aus New York, war während seiner zweiten Rundreise im Juli auf der Konferenz der War Resisters International und auch in Oldenburg, Karlsruhe, Mannheim, Mutlangen und Idstein zu hören. Ein Aspekt seines Vortrages war die globale Gleichschaltung der Medien durch PR-Firmen. Hier einige Beispiele:

2002 wurde das Amt für Weltweite Kommunikation (OGC) geschaffen zur „Koordinierung von außenpolitischen Nachrichten und Beaufsichtigung des US-amerikanischen Ansehens im Ausland.“ (Washington Post). Es „...beabsichtigt nicht nur die Verbreitung, sondern auch die Beherrschung der Nachrichten über Konflikte in der ganzen Welt.“ (PR Week) Direktor Tucker Eskew als „globaler Bote“ bekam von der Regierung allein \$200 Millionen für die propagandistische Unterstützung der Invasion des Irak.

In den USA gibt es ein Gesetz, welches es verbietet, Propaganda im eigenen Land zu veröffentlichen. Die OGC geht daher folgendermaßen vor: sie versendet täglich weltweit an alle Botschaften und Nachrichtensender selbst geschaffene Informationen.

Werden diese z.B. im Spiegel oder in der Zeit aufgegriffen, kann diese Propaganda als Tatsache ins eigene Land zurückfließen:

„Die Zeit berichtete am ..., dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen habe...“

Auf welche Meldungen die amerikanische Öffentlichkeit besonders sensibel reagiert (z.B. „Hussein ist ein Diktator“ oder eher „Hussein lässt Neugeborene in Brutkästen umbringen“...), wird vorweg an mit Elektroden ausgestatteten Versuchspersonen vor einem Monitor getestet.

Mitarbeiter der PR-Firmen werden in TV-Sendungen eingeladen, um die öffentliche Meinung zu manipulieren, indem sie gezielt zwei Dinge in einem Satz vereinen, die eigentlich gar nichts miteinander zu tun haben:

z.B. „Saddam Hussein ist ein übler Diktator und die US Geheimdienste hoffen, Osama Bin Laden bald zu finden.“

In der Öffentlichkeit entstand dadurch der Eindruck, dass Saddam Hussein und Al Quaida zusammen gehörten, wodurch die Zustimmung zum Krieg gegen den Irak gewachsen war. mk ●

Gefängnisaufenthalt von Wolfgang Sternstein vorzeitig beendet

Anfang September wurde ich nach einem Monat Haft überraschend aus dem Gefängnis entlassen. Ich saß gerade am Tisch in meiner Zelle und arbeitete an einem Buchprojekt, als ein Gefängnisbeamter rasselnd die Zellentür aufschloss. Ich fiel aus allen Wolken. Auf meine Frage, warum und warum so eilig, meinte er, der verurteilende Richter habe „von Amts wegen“ ein Begnadigungsverfahren eingeleitet, aufgrund dessen ich vorzeitig entlassen würde. Nach eineinhalb Stunden stand ich mit meiner „Habe“, die vornehmlich aus zwanzig Büchern bestand, auf der Straße und wurde von meiner Frau abgeholt.

Ich sehe meine Entlassung mit einem lachenden und einem weinenden Auge, denn das Gefängnis war für mich keineswegs nur eine Strafe. Nirgends kann man so intensiv und kreativ arbeiten, wie gerade dort, wo „Vater Staat“ einen mit allem Notwendigen versorgt und fürsorglich alle Störungen, Ablenkungen und Verlockungen des Alltags von einem fernhält. Ich genoss allerdings auch das unschätzbare Privileg einer Einzelzelle und musste täglich nur vier Stunden in der Gärtnerei arbeiten (die Norm sind sieben Stunden). Wie kam es überhaupt dazu? Wir waren eine Gruppe von fünf Personen, die vor dem Fliegerhorst Büchel Flugblätter verteilten, die die deutschen Soldaten aufriefen, sich nicht an Wartung und Einsatz von Atomwaffen zu beteiligen. Die Staatsanwaltschaft Koblenz sah darin eine „Öffentliche Aufforderung zu Straftaten“ und damit eine strafbare Handlung. Der Richter des Amtsgerichts Cochem folgte dem Antrag der Staatsanwaltschaft und verurteilte uns zu Haft- und Geldstrafen. Ich akzeptierte die Strafe, weil ich die Flugblattverteilung als einen Akt des zivilen Ungehorsams betrachtete und für mich die bereitwillige Hinnahme der Sanktion zum zivilen Ungehorsam unbedingt dazu gehört.

Zwei Mitglieder unserer Gruppe waren jedoch anderer Meinung. Sie gingen in Berufung, da sie überzeugt waren, sie hätten lediglich von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht - zu Recht, wie das Landgericht Koblenz befand und das Oberlandesgericht bestätigte. Auch mir ist mittlerweile klar geworden, dass ich mich geirrt hatte.

Wolfgang Sternstein ●



Im Gespräch mit Rainer Arnold dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD. Bild Tobias Bollinger

unumkehrbare Abrüstungsverträge ermöglichen in Zukunft die Reduzierung der deutschen Teilhabe an den nuklearen Aufgaben“.

Mit SPD-Politikern haben wir die Gespräche fortgesetzt. Unser örtlicher Bundestagsabgeordneter Christian Lange versicherte: „Wir lassen am Ende der technischen nuklearen Teilhabe nicht rütteln“. Wir entgegneten: „Der stille Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe in Büchel durch die geplante Umrüstung ist uns zu wenig, auch der Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Ramstein gehört dazu“.

SPD will Abrüstungsimpulse setzen

Christian Lange will diese Diskussion fördern und schlug vor, ein Gespräch mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD Rainer Arnold zu vermitteln. Den besuchte ich zusammen mit dem IPPNW-Mitglied Erwin Müller und Tobias Bollinger aus unserer Jugenddelegation in Nürtingen. Rainer Arnold erläuterte uns, dass es bereits einen Alternativentwurf aus dem Auswärtigen Amt gebe. Die SPD wolle einen stärkeren Schwerpunkt bei Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von ABC-Waffen setzen. Deutsche Atombomber soll es nicht mehr lange geben, doch die politische nukleare Teilhabe soll fortgesetzt werden, man wolle weiter in der nuklearen Planungsgruppe mitarbeiten. Auch bestehe das Interesse, dass die Amerikaner in Deutschland stationiert bleiben, „deshalb ist es schwierig, sie aufzufordern, ihre Atomwaffen abzuziehen“, erklärte Rainer Arnold. Er berichtete, dass die SPD darüber berät, wie Deutschland während der EU- und G8-Präsidentschaft 2007 die Atomwaffenfrage auf die Tagesordnung setzen kann.

Die Chance nutzen

Wollte der Verteidigungsminister weiterhin deutsche Atombomber, hätte dies in den Beschaffungsplänen schon seinen Niederschlag finden müssen. Das ist glücklicherweise bisher nicht der Fall.

Das Donnern der ersten Eurofighter ist beileibe kein Abrüstungsschritt und keine Friedensmelodie. Es könnte aber der Auftakt für ein atomwaffenfreies Deutschland werden.

Eintreten für ein atomwaffenfreies Deutschland

Damit es nicht nur beim Ausmustern des Atombombers Tornado und Lippenbekenntnissen zur Abrüstung in der Koalition bleibt, müssen wir noch einiges an Überzeugungsarbeit leisten und politischen Druck durch Aktionen schaffen.

Um das Ziel des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen-bei uns anfangen“ die Atomwaffenfreiheit im Grundgesetz zu verankern zu erreichen müssen wir sogar so viele Bundestagsabgeordnete überzeugen, dass eine Zweidrittelmehrheit zustande kommt. Und dazu ist die Gelegenheit günstig, denn alle Oppositionsparteien haben Anträge auf Abzug der Atomwaffen gestellt.

In der letzten Zeit haben wir häufig darauf hingearbeitet, dass unsere Bürgermeister Mitglied von Mayors for Peace werden. Wir waren damit recht erfolgreich. Die Mitgliedzahl in Deutschland verdoppelte sich auf 300 und steigt weiter.

Parlamentarier werben

Jetzt gilt es unter den Bundestagsabgeordneten Mitglieder für das parlamentarische Netzwerk für nukleare Abrüstung (Parliamentary Network for Nuclear Disarmament - PNND) zu werben. Dem internationalen Netzwerk gehören zur Zeit 400

Palamentarier aus 65 Ländern an. In Deutschland bisher 30 der Grünen, Linken und SPD. Diese Zahl muss wachsen. Setzen wir uns doch zum Ziel 100 Abgeordnete aus allen im Bundestag vertretenen Parteien für die Mitgliedschaft zu werben.

Jeder von uns sollte die Bundestagsabgeordneten des eigenen Wahlkreises ansprechen und bitten Mitglied von PNND zu werden. Ist Ihr Bürgermeister ein Mayors for Peace, bitten Sie ihn sich ebenfalls an „seine“ Bundestagsabgeordneten zu wenden.

Die Stärke der Mayors for Peace, dass sie aus allen Parteien kommen gilt es zu nutzen, um im Bundestag eine fraktionsübergreifende Bewegung für ein atomwaffenfreies Deutschland zu schaffen. Dafür hat PNND einen englischsprachigen Brief an Kollegen verfasst. 18 Parlamentarier aus aller Welt (aus Deutschland hat Uta Zapf unterzeichnet) appellieren damit an ihre Kollegen dem Netzwerk beizutreten.

Auf unserer Homepage: www.presse-huette.de dokumentieren wir alles was Sie brauchen:

- ✉ **die Erklärung der Bürgermeister zum Weißbuch**
- ✉ **den Änderungsentwurf zum Weißbuch von MdB Barthle**
- ✉ **den Einladungsbrief zum Beitritt zum Parlamentarische Netzwerk für nukleare Abrüstung PNND**
- ✉ **Äußerungen von Politikern zur nuklearen Teilhabe**
- ✉ **und wir bieten Ihnen die Möglichkeit, sich in die Diskussion einzuklinken: „Sagen Sie unseren Politikern die Meinung“**

Wer keinen Internetzugang hat, kann in der Pressehütte Ausdrucke bestellen. **wsh ●**

Gefahr über unseren Köpfen

Die NASA lenkt ein - Die Militärs müssen gebremst werden

Ein riesiger Feuerball stürzt über Neuseeland vom Himmel. Ein Knall und das Objekt zerbirst. Auf einer Farm bei Canterbury wird ein handgroßes Bruchstück gefunden. Laut Polizeisprecher besteht es aus einem „uns unbekanntem Stoff“ vermutlich Weltraummüll, „möglicherweise radioaktiv. Es wird im ‚Radiation Laboratory‘ untersucht.“ Unabhängig davon wie die Untersuchungen dieses Vorfalles vom 12. September ausgehen, bringt er eine über uns schwebende Gefahr in Erinnerung.

Hätten Sie gewusst, dass bei bisher über 70 Weltraumstarts Nuklearmaterial zur Herstellung elektrischer Energie an Bord war? In zehn Fällen ereigneten sich Unfälle oder es gab ernsthafte Probleme, bei der Hälfte von ihnen muss davon ausgegangen werden, dass radioaktives Material freigesetzt wurde.

Hätten Sie gewusst, dass über unseren Köpfen in der Erdumlaufbahn mehr als eine Tonne Uran und andere radioaktive Stoffe kreisen? Es befindet sich in ausgedienten Satelliten der USA und ehemaligen UdSSR.

Hätten Sie gewusst, dass die NASA an nuklear getriebenen Raketen forscht, um Menschen zum Mars zu schicken?

Dem Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space ist zu verdanken, dass solche Fakten und Pläne in die Öffentlichkeit gelangen, dass sie kritisiert werden und dass gegen sie protestiert wird. Und das nicht ganz ohne Erfolg.

„Wir haben gute Nachrichten“, stellte Bruce Gagnon in einer kürzlich versandten Mail fest. Technische und finanzielle Schwierigkeiten führten dazu, dass die NASA ihre nuklearen Pläne aus Sparflamme setzt. Statt dessen soll Solarenergie Missionen in den tiefen Weltraum hinter den Mars ermöglichen. Die NASA plant inzwischen eine Mission zum Jupiter und prüft eine Mission zum Neptun. Sie hat damit eine Entwicklung eingeleitet, der sie sich lange versperrte.

„Das ist ein wichtiger Sieg für den nachhaltigen Protest vor allem des Global Network“, meint Bruce Gagnon und fährt fort „wir müssen dennoch feststellen, dass die Pläne für nuklearer



Was auf die Erde stürzt können Meteore oder Weltraumschrott sein.

Weltraummissionen nicht völlig vom Tisch sind und das gilt vor allem für die militärischen“ und er versichert: „Wir werden weiter dran bleiben!“

Große Sorgen macht sich der US-amerikanische Friedensaktivist darüber, dass die USA „Waffen und Gewalt weltweit exportieren“. Jüngstes Beispiel der Krieg gegen den Libanon. Die USA haben Israel mit bunkerbrechenden Waffen, Streubomben und anderer militärischer Ausrüstung bis hin zu hoch entwickelter Weltraumtechnologie unterstützt. „Das unterstreicht für mich die Notwendigkeit für eine Konversion des militärisch-industriellen Komplexes einzutreten. Wir brauchen eine Diskussion warum bei unseren industriellen Exporten Waffen an Nr. 1 stehen. Warum stecken wir unsere Steuergeldern nicht Eisenbahnen, Solaranlagen und Windkraftäder anstatt einen endlosen Krieg?“

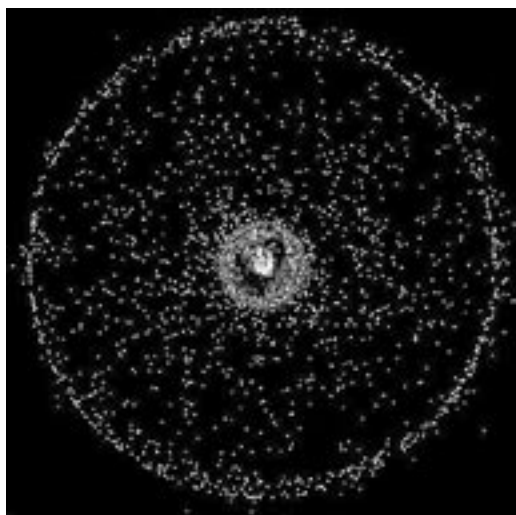
Keep Space for Peace Week

Vor diesem Hintergrund ruft das Global Network wieder vom 1.-8. Oktober zur Internationalen Aktionswoche auf. In Deutschland nur mit geringer Resonanz. Einzig das Darmstädter Friedensforum macht an der Satellitenkontrollzentrale ESOC mit einer Flugblattaktion für die friedlichen Nutzung des Weltraum stark. Das ist wichtig, denn die Militarisierung der europäischen Raumfahrt schreitet voran. Erst kürzlich vom 19.-22. September diskutierten Abgeordnete aus europäischen Parlamenten und dem Europaparlament mit Militärs und führende Köpfe aus Europas Raumfahrtindustrie auf dem europäischen Raumflughafen Kourou über die technologischen und industriellen Kapazitäten, die nötig sind zur gemeinsamen Verteidigung und Sicherheitspolitik in Europa.

Nachhaltiger Protest ist auch hier von nöten.

wsh ●

Weltraummüll umkreist die massenhaft die Erde, ein Teil ist radioaktiv.



Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Mitgliederversammlung bestätigt Vorstand

Der neue Vorstand ist fast gleich dem alten. Julia Kramer stellte sich aus persönlichen Gründen nicht zur Wiederwahl. Volker Nick wurde im Amt als Vorsitzender bestätigt. Die Stellvertretung übernimmt Christa Schmaus, beide aus Mutlangen. Paul Späh aus Lorch führt weiterhin die Kasse und Franz Blessing aus Böbingen bleibt Beisitzer.

Kritik am europäischen Aufrüstungskurs

Gisela Deinzer übte grundsätzliche Kritik an der auf Abrüstung der Atomwaffen spezialisierten Arbeitsweise des Vereins. Der Verein sollte sich auch grundsätzlichen Rechtsfragen widmen und Steuerungsverweigerung als politisches Handeln vermitteln: „Wir dürfen nicht genötigt werden und wir dürfen uns nicht nötigen lassen Steuern zu bezahlen für menschenunwürdige Politik.“ Mit Blick auf die Europäische Verfassung stimmt die Mitgliederversammlung einstimmig einem Vorschlag von Alfred Ruprecht zu, dass die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit des Vereins darauf aufmerksam macht, dass die Friedensbewegung eine veränderte Verfassung will, welche ein eindeutiges Friedensgebot und eine eindeutige Abrüstungsverpflichtung enthält, weil sie in der gegenwärtigen Form wegen des Aufrüstungsgebotes abzulehnen ist.



Internationales Essen und virtuose Gitarrenklänge

Nach der Mitgliederversammlung fand das Benefizkonzert mit Elan Vital statt, um die Kasse für die Jugendarbeit aufzubessern.

Das internationale Workcamp bewirtete mit Speisen aus den Heimatländern die zahlreich erschienen Gäste.

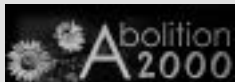
wsh ●

Stichwort

Nichtregierungsorganisation (NRO), engl.: Non-Governmental Organisation (NGO):

Private, nicht gewinnorientierte Organisation, die von staatlichen Stellen unabhängig ist. Im engeren Sinne sind meist Organisationen gemeint, die sich in sozialen Bewegungen herausbilden und Politikwechsel anstreben. Beispielsweise sind Vereine, Verbände, Gewerkschaften etc. NROs. International arbeitende NROs werden auch INROs bzw. INGOs genannt. Im Gegensatz dazu sind „IOs“ internationale Organisationen mit staatlichen Akteuren, z.B. die UNO. NROs auf der „Graswurzelebene“ (also lokal von unten organisiert) werden auch „Community Based Organisations“ (CBO) genannt. Nichtregierungsorganisationen sind Teil und Ausdruck einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Glossar



Abolition 2000: Zusammenschluss von über 2000 NROs weltweit in über 90 Ländern, die sich für die Abschaffung von Atomwaffen einsetzen (www.abolition2000.org).



Abolition 2000 Europe: In diesem Zusammenschluss arbeiten die europäischen Mitglieder von Abolition 2000 zusammen (www.abolition2000europe.org).



NATO (Nordatlantikvertrag-Organisation, North Atlantic Treaty Organisation):

Eine IO (wer hat aufgepasst?), die 1946 gegründet wurde und inzwischen 26 Mitglieder in Europa und Nordamerika hat. Die NATO ist laut Satzung ein Defensivbündnis, und die Mitglieder sind zur kollektiven Selbstverteidigung verpflichtet. Seit 1992 sind jedoch auch „Out-of-area-Einsätze“ möglich, bislang in acht Ländern oder Regionen. In der nuklearen Planungsgruppe der NATO wird die Atomwaffenstrategie entwickelt. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO sind US-Atomwaffen in Belgien, Deutschland, Holland, Italien, UK und der Türkei stationiert. **jk ●**

Gewaltfreie Aktion am Nagasaki-Gedenktag

Jugendliche aus ganz Europa blockieren belgisches Atomwaffenlager Kleine Brogel

Mit einer Fahrradtour durch Belgien und Aktionen beim NATO-Hauptquartier in Mons, sowie in Gent und Brüssel machten wir auf die Illegalität der Atomwaffen und die Gefahren aller Stadien der Uranverarbeitung und -verwendung aufmerksam. In Kleine Brogel lagern 20 Atomwaffen mit der Sprengkraft von 200 Hiroshima-Bomben.

Prominente und Politiker riefen zur Blockade auf

Für über drei Stunden war am 9. August das Atomwaffenlager Kleine Brogel in Ost-Belgien von Jugendlichen aus Österreich, Belgien, Zypern, England, Wales, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, der Slowakei, Spanien, und Deutschland blockiert. Selbst belgische Persönlichkeiten wie Senator Patrik Vankrunkelsven und die stellvertretende Bürgermeisterin der lokalen Gemeinde, Mitglied bei den „Bürgermeistern für den Frieden“, fanden sich zur Blockade ein und folgten damit dem Aufruf der Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki sowie dem des früheren belgischen Premierminister Jean-Luc Dehaene, u.v.a. Mit Straßentheater, Liedern, und einem Picknick vor den Toren der Atomwaffenbasis machten wir darauf aufmerksam, dass Hiroshima und Nagasaki sich nie wiederholen dürfen.



Pläne von BANg:

DVD „Genie in a Bottle - Unleashed“: siehe beiliegender Flyer.

Jahreswechsel 2006/2007: Teilnahme an der Blockade Faslane 365 in Schottland. In Faslane sind britische Atomwaffen gelagert. In nächster Zeit soll in der britischen Politik entschieden werden, ob das britische Atomwaffenprogramm Trident für viel Geld erneuert werden soll.

Mai 2007: internationale Jugenddelegation nach Wien zum Vorbereitungskomitee der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffen-spervertrags bei der UNO, der ‚NPT-PrepCom‘.

Hannah Buchter, jk ●

Tobias Bollinger (21) aus Ebersbach, berichtet über die Aktion und ihre Vorbereitung: „Ich habe viel gelernt über direkte Aktionen und bin der Meinung, dass es notwendig ist, auch auf diesem Weg zu zeigen, dass wir nicht bereit sind in einer Welt voller illegaler Atomwaffen zu leben.“

Besonders notwendig sei die gewaltfreie Aktion auch deshalb, weil die belgische Regierung die Entscheidung des Senats und des Parlaments nicht umsetze, die Atomwaffen abziehen zu lassen.

Unzureichende Antworten beim Gespräch mit einem NATO-Repräsentanten

Dass die Politik und insbesondere die Atomwaffenpolitik der NATO alles andere als transparent ist, konnten wir während unseres Aufenthaltes bei der militärischen Kommandozentrale der NATO, SHAPE, erfahren: „Uns wurde ein PR-Soldat vor das Tor geschickt, der auf wesentliche Fragen keine Antworten geben wollte oder sich unwissend gab.“ so Stefan Hittmeyer (20) aus Hamburg. Julia Kramer (30) aus Stuttgart war besonders enttäuscht, dass sie keine Auskunft darüber bekam, ob und wie gesichert ist, dass die in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen nicht für Kriege der USA, auch nicht für die ohne NATO-Bezug (z.B. möglicher Iran-Krieg), verwendet werden.

Clean Energy!

Vom 1. August an radelten wir mit gelben Anti-Atom-Fahnen geschmückt durch Belgien. „Wir hatten in den 10 Tagen eine bunte Mischung aus Informationen, Aktionen, Workshops, Radfahren, und eine Menge Spaß“, so Tobias Bollinger aus Ebersbach. „Während in Schweden fast ein Supergau passierte, lernten wir in Workshops über die Gefahren aller Stadien der Uranverarbeitung, und dass Atomenergietechnik noch dazu die Verbreitung von Atomwaffen fördert.“

Gedenken mit Papierlampions

Am Abend des 9. August ließen wir bei einer letzten Aktion in Gent Papierlampions zu Wasser, im Gedenken an die Opfer der Atombombenabwürfe in Hiroshima, Nagasaki, und der bisher über 2.000 Atomtests. Auch zuhause wollen wir uns weiter für eine Welt ohne Atomwaffen einsetzen: „Wir sind begeistert, dass das belgische Parlament und der Senat gegen die in Belgien stationierten Atomwaffen gestimmt haben. Wir wollen, dass Deutschland zusammen mit Belgien eine solche Initiative in die NATO einbringt.“

Tobias Bollinger, jk ●

Foto: Tobias Bollinger



Jugendliche aus Deutschland, Finnland, Norwegen, Wales und England blockieren das Haupttor von Kleine Brogel.
Foto: For Mother Earth



Abschluss-Statement:

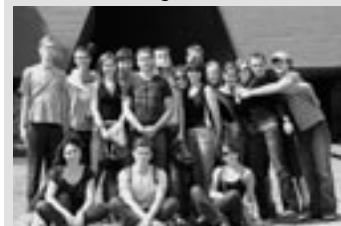
Jugend für ein Atomwaffenfreies Europa, Kleine Brogel NATO Atomwaffenstützpunkt, Belgien, 9. August 2006

Wir verpflichten uns, in internationaler Zusammenarbeit und mit gemeinsamen Kampagnen:

- ✳ **die Solidarität innerhalb der Anti-Atombewegung zu fördern**
- ✳ **das „Ban all Nukes Generation“ (BANg) Jugendnetz zu unterstützen**
- ✳ **gewaltfreie direkte Aktionen, wie zum Beispiel Faslane 365, zu unterstützen**
- ✳ **an politischer Lobbyarbeit in unseren Ländern teilzunehmen und die Kampagne der „Bürgermeister für Frieden“ zu fördern.** (gekürzt)

Als Vertreter der Jugend aus 15 europäischen Ländern fordern wir die vollständige Abrüstung von Atomwaffen und Atomkraft. Wir glauben, dass wir die Verbreitung der Atomwaffen verhindern müssen, denn die gesamte Kette der Nukleartechnik stellt eine reelle und ernste Bedrohung für die Menschen und den Planeten dar. Wir sind die zukünftige Generation und wir haben das Recht zu fordern, dass unseren Kindern eine bessere Welt hinterlassen wird. Als NATO-Mitgliedsstaaten verlangen wir, dass die NATO eine klare Strategie entwickelt, die auf die Abschaffung von Atomwaffen hinarbeitet, und für den Abzug der US-Atomwaffen aus unseren Ländern eintritt.

In Weissrussland auf den Spuren der Geschichte
Jugendbegegnung bei Paddeltour
Jugendliche aus Weißrussland und Deutschland kamen sich im August beim Paddeln auf der Lesnaja, beim Wasserholen im Dorf, beim Singen am Lagerfeuer und anderem gemeinsamen Tun näher. Und sie begegneten miteinander der Geschichte: Ein alter Mann, der ihnen Äpfel schenkte, erzählte, er sei in Sachsenhausen gewesen, berichtete Hannah Köhring (20). Beim Besuch der im 2. Weltkrieg belagerten Brester Festung erfuhren die Jugendlichen, dass Weißrussland damals ein Drittel seiner Bewohner verlor, drei Millionen Menschen. Die Leiterin der Selbsthilfeorganisation „Kinder in Not“ sagte ihnen, dass allein in Brest 140 Kinder zur Zeit an den Folgen des Reaktorun-



Die weißrussisch-deutsche Jugendgruppe in Brest. Foto: Pressehütte
falls in Tschernobyl vor 20 Jahren leiden. Sie hat selbst eine krebserkrankte Tochter und erklärte, dass die Kinder neben der Krankheit auch mit gesellschaftlicher Isolation zu kämpfen hätten.

Um nicht abgehört werden zu können fanden Gespräche über Politik nur während der Bootstour statt. Die Deutschen lernten dabei, dass der in den deutschen Medien so verschriene Diktator Lukaschenko im eigenen Land durchaus positiv gesehen wird. Denn die Gesundheitsversorgung und der Arbeitsmarkt sind besser als in der Ukraine, und die Kriminalität ist geringer als in Russland.

Aliaksandr Kulbaka (32), der weißrussische Leiter, meinte, dass eine so offene Gesellschaft wie in Deutschland Zeit braucht, um sich zu entwickeln.

Nächstes Jahr soll es die 4. Fortsetzung der Begegnung in Deutschland geben. Ein kleiner Schritt zum Frieden, denn, wie Johanna Buchmann (21) ein Motto der Quäker zitiert: „Freunde werden gegeneinander keinen Krieg führen.“ **jk ●**



Foto: Julia Kramer



Foto: Tobias Bollinger

Hannah, Tobias und Stefan, die deutschen Teilnehmenden der Jugendaktion

Ein Stückchen Frieden

Das diesjährige internationale Workcamp in der Pressehütte Mutlangen brachte Jugendliche aus 7 Ländern zusammen. Anastasia Byrka, Workcamp-Teilnehmerin aus Russland, schildert ihre Eindrücke:

Mutlangen. In der ruhigen Atmosphäre kann man wirklichen Frieden fühlen. Frieden, den man sehen, hören, benennen und sogar berühren kann. Wir alle berührten diesen Frieden während des Workcamps.

Am 1. September, dem Antikriegstag, fand eine Friedensaktion in Esslingen statt. Vor der Nikolauskapelle baten junge Menschen aus Japan, Ecuador, Mexiko, Kroatien, Russland, Frankreich und Deutschland die Esslinger um eine Unterschrift für den Frieden auf einem Baustein der „Aktion Völkerrecht“ (www.a-vr.org) und verschenkten Papierkraniche. Das Mitbauen an einem Teilstück des Schutzwalls der „Aktion Völkerrecht“ ist unser kleiner Beitrag,

ein weiteres Stückchen Frieden....
Nebenbei bemerkt leben wir nicht nur ruhig an diesem ruhigen Ort. Jeder Tag hat seinen eigenen Zeitplan mit vielen Dingen, die zu erledigen sind und einer großen Vielfalt an Möglichkeiten, sich selbst auszuprobieren.

Die Gartenarbeit wartet schon auf uns, während wir uns noch die Arbeitskramotten anziehen. Und los geht's! Die einen bemalen die Wand, der andere gräbt den Garten um und wieder andere sammeln Äpfel für das Mittagessen... Dies ist nun unser letztes Wochenende, ein ganz besonderes. Am Samstag Abend wird ein Benefizkonzert stattfinden, mit dem Gitarrenduo Elan Vital, das einen Mix aus Jazz, Latin und Folk spielt. Dazu kochen wir - die Freiwilligen - typisches Essen aus den jeweiligen Ländern, und es wird kräftig gefeiert! Schon bald endet das Camp, aber der Frieden, den wir in dieser Zeit gelebt und erlebt haben, wird für immer in unserer Erinnerung bleiben. **übersetzt von Madlen Schneider und Nina Kind ●**



Workcampteilnehmende in Aktion in Esslingen und im Garten der Pressehütte. Fotos: Workcamp



Teilnehmer beim Sprung ins (gar nicht so) kalte Wasser. Foto: Pressehütte



Als Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen nahmen am Samstag, 5. August über 70 Radsportler - darunter einige DFG-VK Mitglieder - die Herausforderung an, an einem Tag 346 km oder Teilstrecken ab 56 km zwischen Büchel in der Eifel, Kirn, Ramstein, Neustadt/Weinstrasse, Bretten, Stuttgart nach Ludwigsburg zu bewältigen. Im Feld waren mehrere namhafte deutsche Triathleten und Extremradsportler. Gleichzeitig führen die Pacemakers im Gedenken an die unzähligen Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 61 Jahren sowie die Opfer aktueller kriegerischer Auseinandersetzungen wie im Nahen und Mittleren Osten.

Die fahrenden Kundgebungsteilnehmer wurden die ganzen 15 Stunden von Polizeifahrzeugen eskortiert. Mit Blaulicht und Martinshorn wurde so manche Kreuzung und vielbefahrene Straße kurzfristig für das durchrasende (Durchschnittsgeschwindigkeit ca. 28 km/h) Feld gesperrt, was z.B. das langjährige überaus aktive und wahrlich nicht auf den Kopf gefallene DFG-VK Mitglied Ulli Thiel aus Karlsruhe im Führungsfahrzeug zu der Aussage verstieg:

„Diese Tour hebt mein Selbstwertgefühl ungemein. Ich komme mir mit dieser Begleitung teilweise vor wie ein Staatspräsident, der durch die Lande eskortiert wird.“

Wie schon bei der Erstauflage 2005 bestach der Radmarathon durch eine hervorragende Organisation, exzellent ausgestattete Verpflegungsstellen und eine tolle Atmosphäre im Fahrerfeld, die sich durch solidarisches Fahren ohne Wettkampfcharakter bemerkbar machte. Mit dieser Neuauflage der Pacemakers gelang es unterwegs noch mehr Menschen auf die Zielsetzungen aufmerksam zu machen. Das Führungsfahrzeug war mit einem Lautsprecher versehen, der in vielen Gemeinden und Städten auch intensiv eingesetzt wurde. Die Pacemakers als Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen wurde auf diese Weise von vielen Passanten am Gehsteig, in den zum Anhalten gezwungenen Autos der Gegenfahrbahn sowie in den Häusern wahrgenommen und beklatscht.

rb ●

Zum fünften Mal um Büchel - wackelt Jericho?

Im Lager des Jagdbombergeschwaders 33 lagern amerikanische Atombomben, deutsche Flieger üben sie abzuwerfen. In diesem Jahr zum fünften Mal wurde das Atomwaffenlager umrundet und die Bundesregierung aufgerufen, die nukleare Teilhabe zu beenden. Das Lager wird umrundet in Erinnerung an die Erzählung vom Fall der Mauern von Jericho (Jos 6). Wie Jericho damals so soll die nukleare Teilhabe fallen, sollen die Atomwaffen aus Deutschland verschwinden und weltweit geächtet und verschrottet werden. Jericho fiel nach der siebten Umrundung...! In diesem Jahr zum fünften Mal - und doch war einiges erstmalig:

Zur Friedenstafel kamen wir auf dem Schulhof von Alflen zusammen, der Bürgermeister von Alflen hatte dazu seine Zustimmung gegeben. Morgens um 9.30 Uhr frühstückten etwa 25 Menschen zusammen, Familien mit Kindern und alte Hasen der Friedensarbeit, Leute die zum ersten Mal dabei waren oder nach 20 Jahren an alte Demonstrationserfahrungen wieder anknüpften. Die Verbandsgemeinde Ulmen hatte zuvor immer eine saftige Gebühr für diese Umrundungen erhoben; ein Rechtsstreit dagegen blieb erfolglos. Diesmal brauchte nichts bezahlt zu werden! Zwei Polizisten, die sich zur Tafel setzten, erklärten, dass sie diese Aktion unterstützen würden - zum ersten Mal! Zum ersten Mal feierten wir gemeinsam mit dem katholischen Pfarrer vor Ort einen Gottesdienst zum Auftakt. In der Gemeinde hatten im letzten Jahr fünf Krebstote der zivilen Wachmannschaften des Atomwaffenlagers für Unruhe gesorgt. Noch vor fünf Jahren hätten die meisten solch einen gemeinsamen Gottesdienst mit den Menschen aus Alflen nicht für möglich gehalten.

Die Polizei begleitete uns auf dem Weg zur zweiten Haupteinfahrt. Ein Transparent wurde entfaltet. Der SWR machte Aufnahmen - zum ersten Mal war das Lokalfernsehen von Rheinland-Pfalz dabei. Der Commodore des Fliegerhorstes ließ sich am Tor auf Gespräche ein, zum ersten Mal, dass der Commodore persönlich anwesend war. An der zweiten Station wurde ein Brief an Ministerpräsident Beck verlesen und unterschrieben. Die dritte Station wartet mit einer Fußballtorwand auf, drei Jugendliche aus dem Dorf stellten sich ein, „ich habe verweigert“, stellte sich einer von ihnen vor. Am Haupttor forderte Major Pfaff - seine persönliche Meinung

kundtuend - die Soldaten, seine Kameraden, dazu auf, den Gehorsam in Bezug auf den Einsatz von Atomwaffen, zu verweigern - das haben die Soldaten von einem Soldaten auch noch nie gehört. Es hatte den Anschein, noch nie haben Soldaten so konzentriert zugehört. Haben sie uns diesmal ernst genommen - zum ersten Mal?

Zum ersten Mal - beim fünften Mal

Der Initiativkreis gegen Atomwaffen setzt auf persönliche Begegnung, Gespräche mit dem Polizeieinsatzleiter, mit dem Commodore, mit dem Bürgermeister, mit dem Pfarrer, mit den Menschen im Dorf. Einen Monat zuvor verteilten wir einen Brief an die Soldaten im Atomwaffenlager, deutschen wie zahlreichen amerikanischen Soldaten, die im Übrigen daran am Meisten interessiert waren. In einer Analyse vor Beginn der ersten Umrundung 2002 legten wir dar, dass es Ziel sei, die Stützen für das gegenwärtige Unrecht der Nuklearen Teilhabe wegzunehmen:

- **die Kirche** - eine Kirche vor Ort macht inzwischen nicht mehr mit
- **die Polizei** - die Polizei vor Ort steht nicht mehr einheitlich hinter der nuklearen Teilhabe
- **die lokale und überregionale Presse** - es gab einen Bericht nicht nur in der Lokalpresse
- **die Justiz** - es gelang hier das Recht auf Meinungsfreiheit auch vor Gericht durchzusetzen
- **die Soldaten:** wurden nachdenklicher
- **die Politiker fehlen;** wir wollten sie anschreiben und wollten von ihnen wissen, wer von ihnen, sich einen legalen Einsatz der Atomwaffen in Deutschland vorstellen kann, wer ist eigentlich für den Einsatz dieser Waffen?

Mein Eindruck - wir haben bei dieser fünften Umrundung den Rubicon überschritten. Man fängt an uns diesseits und jenseits des Zaunes ernst zu nehmen. Wenn der Eindruck stimmt, müssen wir uns u.a. darauf vorbereiten, dass sich tatsächlich Soldaten an uns wenden um unser Angebot der Beratung in Anspruch zu nehmen. Wir brauchen Verstärkung, für die sechste Umrundung im nächsten Jahr und für die siebente Umrundung im übernächsten Jahr!

Bitte vormerken!

Pfarrer Dr. Matthias Engelke

Dieser Artikel wurde bereits im Rundbrief des Versöhnungsbundes in voller Länge veröffentlicht

www.versoennungsbund.de.

mk ●



Bei der fünften Umrundung des Atomwaffenlagers Büchel am 3. September sprach auch Major Florian Pfaff. Seine Rede ist dokumentiert in www.gaaa.org

Ein unbeugsamer Mahner: Der Radiologe Ernest Sternglass

1938 floh ein 14-jähriger Junge mit seinen Eltern aus Berlin in die USA, der Großvater wurde von den USA abgewiesen weil er schwerhörig war. Er starb wenig später in einem deutschen KZ. Die Eltern des jungen Ernest J. Sternglass waren Ärzte. Am Familientisch erfuhr Sternglass schon als Kind, dass Röntgenstrahlen einerseits sehr hilfreich bei der Behandlung von Kranken sind, andererseits – zu großzügig angewandt – zu erheblichen Gesundheitsschäden führen können. Sternglass beendete in den USA die Schule und studierte Physik. Er gehört zu den wenigen Menschen, die heute noch von ihrer Begegnung mit Albert Einstein berichten können. Das Treffen im Jahre 1947 beeindruckte ihn tief – Einstein hatte ihm klarmachen können, dass niemand beeinflussen könne, was mit seinen Entdeckungen oder Erfindungen später von anderen angestellt wird. Es war ihm nach dem Kontakt mit Einstein klar, dass er sich lebenslang für die Abschaffung der Atomwaffen einsetzen würde.

Über viele Jahre [1952-67] arbeitete Sternglass bei der Firma Westinghouse, die auch die meisten amerikanischen Kernkraftwerke konstruierte. Von 1958 an befasste er sich aus eigenem Interesse mit den Auswirkungen des Fallouts der Atomwaffentests auf die Gesundheit, ohne aber deshalb Ärger mit der Firma Westinghouse zu bekommen. Sein Spezialgebiet bei Westinghouse verhalf ihm etliche Jahre später zu einer Professur an der Universität in Pittsburgh. Dort nutzte er den Status und die Freiheiten eines Professors, sich öffentlich über Atomwaffen, die Schädigungen durch den Test-Fallout und auch durch den Normalbetrieb kerntechnischer Anlagen zu äußern. Seine Ausführungen hatten einen gewichtigen Anteil an der Ratifizierung des Atomteststoppabkommens durch die USA. Die Analysen von Sternglass sind ebenso überzeugend wie umstritten.

Er geht wieder und wieder nach folgendem Grundmuster vor: er besorgt sich von staatlichen Stellen veröffentlichte Angaben über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in bestimmten Regionen und legt daneben die ebenso offiziellen Angaben über radioaktive Verschmutzungen dieser Regionen. Er betrachtet die Veränderung der Daten mit der Zeit und sucht Vergleiche zwischen belasteten und unbelasteten Regionen. Komplizierte epidemiologische Untersuchungen sind seine Sache nicht – seine Graphiken sind dafür anschaulich, man versteht sie sofort und kann sie – im Prinzip – überprüfen. Er zeigt an vielen Beispielen auf, wie die atmosphärischen Atomwaffentests sich in Veränderungen der Sterblichkeit, der Krebsrate und anderen Erkrankungen widerspiegeln. Dort, wo es keinen Fallout gab, bleiben diese Effekte aus. Er zeigt, dass nach dem Ende der Atomwaffentests in der Atmosphäre sich auch die Gesundheitsparameter normalisieren – dann aber in solchen Regionen wieder schlechter werden, in denen Kernkraftwerke in Betrieb gehen.



Foto: Carsten Orth

Sternglass ging aber noch weiter: Ein Beispiel sind die Untersuchungen zehntausender Milchzähne von Kindern auf Strontium 90 durch das Radiation and Public Health Project (IPHP), dessen Vorstand er angehört. Damit konnte der Zusammenhang zwischen der Nähe des Wohnortes zu Atomanlagen und dem Anstieg von Strontium 90 in den Zähnen eindeutig belegt und die Erkenntnisse seiner Arbeit bestätigt werden. Auch zeigte der Strontium 90 Gehalt in der Milch von Kühen einen eindeutigen Anstieg, je näher die Weiden zum AKW und je mehr sie in Hauptwindrichtung liegen. AKWs setzen zwar kein Strontium 90 frei, dafür aber ganz legal ein Kryptogas, welches innerhalb von 3 ½ Stunden zu Strontium 90 zerfällt. Ein Zusammenhang, der den Wenigsten bekannt ist. Die Zukunft dieses wichtigen Projektes ist allerdings gefährdet, da das Untersuchungsgerät wegen des rückläufigen Spendenaufkommens verkauft werden musste. **mk**

Die großen epidemiologischen Institute verachten das simple Vorgehen von Sternglass. Sie fühlen sich wohl von ihm vorgeführt, weil er wichtige Zusammenhänge erkennt, die sie – trotz ihrer ganzen Wissenschaft, ihrer vielen Mitarbeiter und großer Forschungsbudgets – nicht erkennen konnten, wollten oder durften. Es läge auf der Hand, die Hypothesen von Sternglass mit dem großen epidemiologischen Instrumentarium zu überprüfen. Solche Studien sind uns aber nicht bekannt. Es scheint einfacher, Sternglass zu ignorieren und ihn mit gehässigen Allgemeinplätzen wissenschaftlich zu diskreditieren. Es gibt nicht viele Wissenschaftler, die sich über einen so langen Zeitraum kontinuierlich mit der Aufklärung der Auswirkungen der Kernenergienutzung (so oder so) auf die Gesundheit der Bevölkerung befassen haben. Wir empfehlen, seine Arbeiten und die Arbeiten seiner engeren Mitarbeiter aufmerksam zu studieren. Sie sind zu einem großen Teil auf der Homepage www.radiation.org zu finden.

Am 21. Juni 2006 sprach Sternglass auf Einladung der Gesellschaft für Strahlenschutz, der GAAA, der IPPNW und der Kinder von Tschernobyl in Berlin. Er sah das erste Mal seit 1938 sein Elternhaus, seine Schule in der Sybelstraße und andere Orte in Berlin wieder, die in seiner Kindheit eine Rolle gespielt hatten.

Sebastian Pflugbeil ●

Die Mutter der französischen Anti-Atombewegung ist tot

Die 72-jährige Umwelt- und Friedensaktivistin Solange Fernex verstarb im Kreis ihrer Familie in Frankreich am 11. September 2006 an Krebs. Sie war eine der ersten, die gegen die Atomkraftwerke von Wyhl (Deutschland) und Kaiseraugst (Schweiz) gekämpft haben. 1983 fastete Solange öffentlich mit elf anderen Aktivisten. Das 40-tägige Fasten „Fast for Life“ in Paris, Bonn und San Francisco richtete sich gegen die Stationierung von Pershing 2, Cruise Missiles und SS 20 in Europa. Wolfgang Schlup-Hauck lernte Solange damals kennen. Er besuchte sie und ihren Mann Michel im Elsass: „Wir beobachteten Füchse und Vögel, während wir darüber sprachen, wie der drohende Atomtod abgewendet werden kann. Die Naturverbundenheit und die entschlossene Zuversicht haben mich damals tief beeindruckt“. 1989 wurde sie als Mitglied der französischen Grünen ins Europäische Parlament gewählt. 2001 erhielt sie den Lifetime Achievement Award.



Solange Fernex auf der Welt-Uranwaffenkonferenz, Foto: Charles Jenks

Tschernobyl prägte ihr Engagement in den letzten Jahren. Sie gründete eine Hilfsaktion „Kinder von Tschernobyl“. Sie veröffentlichte über die Spätfolgen von Tschernobyl und die tatsächlichen Auswirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung. Als Referentin auf der Welt-Uranwaffenkonferenz lernte Marion Küpker sie kennen. Solange war im Oktober 2003 trotz ihrer Krankheit nach Hamburg gereist. „Ganz engagiert nahm sie an der Konferenz teil und berichtet uns über die Lügen der IAEA und die Abhängigkeit der Weltgesundheitsorganisation von der IAEA.“ Regina Hagen erinnert sich, wie Solange ihr ein Schaubild über die Verflechtung von französischer Raum- und Luftfahrtindustrie mit Presse- und Medienkonzernen zusandte.

„Solange war stets bereit ihre Erfahrung und ihr Wissen zu teilen. Es sind diese kleinen Kooperationen, die so unendlich wichtig sind für unsere Arbeit.“ **mk ●**

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2200

Herausgeber:
Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
Hausmannstrasse 6
70188 Stuttgart
Tel. 07 11 - 21 55 112
Fax 07 11 - 21 55 214
Internationales
Marion Küpker
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr
Tel. 040 - 430 73 32

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnament:
Euro 12.-€ plus Porto

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindung:
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte -
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010
für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:
Roland Blach (rob)
Tel. 07 11 - 21 55 112
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de
Marion Küpker (mk)
Tel. 040 - 430 73 32
e-Mail: mariongaaa@gmx.de
Julia Kramer (jk)
Tel. 0711/6337776
e-mail: j.kramer@gmx.de
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),
Tel. 0 71 71 - 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db
Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 07 11 - 60 03 45

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Termine:

noch bis 31. Dezember

Köln: Ausstellung „Die Atombombe und der Mensch“,
Öffnungszeiten: Mo-Fr: 7-19 Uhr, Meldehalle Lau-
renzplatz 1-3 (Nähe Rathaus), VA: Hiroshima-Nagas-
aki Arbeitskreis Köln im Kölner Friedensforum
Kontakt: Kölner Friedesforum c/o Kölner Friedens-
bildungswerk, Am Ringenpfehl 31, 50676 Köln,
ursulaforner@web.de,
www.friedensforum-koeln.de

12. November

Karlsruhe: Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
„Iran-Konflikt: Akteure, Interessen und Wege aus der
Eskalation“ mit Clemens Ronnefeldt (Dipl.-Theologe,
Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig
des Internationalen Versöhnungsbundes), 15 Uhr,
Gartenstr. 29 a (Bonhoeffer-Haus), Kontakt: Frie-
densbündnis Karlsruhe, Ulrich und Sonnhild Thiel,
Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe, Tel.: 0721/552270,
Fax: 0721/558622,
suthiel@t-online.de, www.friedensbuenndnis-ka.de

13. November

Saarbrücken: Vortrag „Iran - atomare Regionalmacht
mit demokratischen Defiziten“ - Irans Weg in die
Moderne zwischen Fata Morgana und Wirklichkeit
- mit Prof. Dr. Udo Steinbach (Dt Orient Institut
Hamburg), 18 Uhr, Haus der Stiftung Demokratie
Saarland, Bismarckstr. 99, Kontakt: Stiftung Demo-
kratie Saarland, Bismarckstrasse 99, 66121 Saarbrü-
cken, Tel.: 0681/906260, Fax: 0681/ 9062625,
sds@stiftung-demokratie-saarland.de,
www.stiftung-demokratie-saarland.de

17.-19. November

Laufdorf bei Wetzlar: Zeitenwende, die GAAA wird
10! Geburtstagstagung mit Aktion, Vortrag, Arbeits-
gruppen und Feiern. Tagungshaus, Ringstr. 21.
Kontakt: GAAA, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart,
info@gaaa.org, www.gaaa.org

22. November

Karlsruhe: Lesung und Aussprache „Mein Weg
zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“ mit Dr. Wolf-
gang Sternstein (Friedens- und Konfliktforscher /
Gewaltfreier Aktivist in Bürgerinitiativen, Ökolo-
gie- und Friedensbewegung, Stuttgart), 19.30 Uhr,
Gartenstr.29a (Bonhoeffer-Haus)

25. November

Brüssel: Internationale Aktionskonferenz und Alter-
nativer NATO-Gipfel, Details: www.bomspotting.be/en/novconf_en.php; www.mcmilitary.org
Kontakt: Forum voor Vredesactie, Patriottenstraat
27, B- 2600 Berchem, Tel.: 0032/3/2816839, Fax:
0032/3/2816879, bomspotting@vredesactie.be,
www.bomspotting.be

25. November

Marburg: Tagesseminar „Gefährliche Zwillinge
Atomkraft und Atombombe“ und „Iran-Konflikt“,
Referentin Marion Küpker von der GAAA und DFG-VK,
Anmeldeschluss 17.11.2006, DGB Region Mittelhes-
sen, Büro Marburg, Bahnhofstr.6, 35037 Marburg, Tel.
06241-23060, Fax: 06241-27630, marburg@dgb.de

Termine 2007:

Bitte vormerken:

22.-25.3

Jahrestagung des Global Network Against
Weapons and Nuclear Power in Space

23.4.-4.5.

NPT-PrepCom hoffentlich in Wien

7.-9.12.

Symposium 20 Jahre INF-Vertrag in Mutlangen

31.12.06-1.1.07

Europäische Jugendblockade des Atomwaffenlagers
in Schottland im Rahmen der Aktion „Faslane 365“.
www.BANg-europe.org, www.faslane365.org

International Complaint Action

Strafanzeigen gegen Atomwaffenstationierung, 1. Novemberwoche

Anlässlich des NATO-Gipfeltreffens am 28. November rufen in verschiedenen europäischen Ländern rufen Mitgliedsgruppen von Abolition Europe dazu auf, Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen in Politik und Militär wegen der völkerrechtswidrigen Stationierung von Atomwaffen zu erstatten.

Die GAAA, die Pressehütte Mutlangen, Greenpeace Deutschland und der Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“ rufen in Deutschland dazu auf, sich in der ersten November-woche an diesen Aktionen zu beteiligen. Reichen Sie eine vorbereitete Strafanzeige bei Ihrer Polizeidienststelle ein und berichten Sie Ihren Medien darüber.

Weitere Infos unter www.gaaa.org oder unter www.pressehuette.de